

**WIBERA WIRTSCHAFTSBERATUNG AKTIENGESELLSCHAFT
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT**

Bericht

Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement
des Landkreises Darmstadt-Dieburg –Da-Di-Werk–
Messel

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2009
und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2009

Auftrag: 0.0584967.001

PricewaterhouseCoopers refers to the network of member firms of PricewaterhouseCoopers International Limited, each of which is a separate and independent legal entity.

WIBERA WIRTSCHAFTSBERATUNG AKTIENGESELLSCHAFT WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT ist mittelbar Mitglied der unter PricewaterhouseCoopers International Limited kooperierenden eigenständigen und rechtlich unabhängigen Mitgliedsfirmen des internationalen PricewaterhouseCoopers-Netzwerks.

Inhaltsverzeichnis	Seite
Abkürzungsverzeichnis	4
A. Prüfungsauftrag und Unabhängigkeitsbestätigung	5
I. Prüfungsauftrag	5
II. Bestätigung der Unabhängigkeit	5
B. Grundsätzliche Feststellungen	6
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Betriebsleitung	6
II. Wesentliche Geschäftsvorfälle und bilanzpolitische Maßnahmen	7
III. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	8
C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung	10
D. Feststellungen zur Rechnungslegung	13
I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	13
1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	13
2. Jahresabschluss	13
3. Lagebericht	14
II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses	14
III. Weitere Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage	15
Vermögens- und Kapitalstruktur	15
Finanzlage	17
Ertragslage	19
E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG	24
F. Schlussbemerkung	25

Anlagen (siehe gesondertes Verzeichnis)

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen
Rundungsdifferenzen in Höhe von $\pm$ einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

Abkürzungsverzeichnis

AktG	Aktiengesetz
AZUR	Arbeitsinitiative für Zerlegung und umweltgerechtes Recycling AZUR GmbH Mühltal / Nieder-Ramstadt
BgA	Betrieb gewerblicher Art
DSD	Duales System Deutschland GmbH, Köln
D&O-Vers.	Directors-and-Officers-Versicherung
EigBGes Hess	Eigenbetriebsgesetz Hessen
EStG	Einkommensteuergesetz
GewStG	Gewerbesteuergesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf
IZZB	Investitionsprogramm des Bundes Zukunft, Bildung und Betreuung
KStG	Körperschaftsteuergesetz
PS	Prüfungsstandard
ZAW	Zweckverband Abfall- und Wertstoffsammlung für den Landkreises Darmstadt- Dieburg, Darmstadt

A. Prüfungsauftrag und Unabhängigkeitsbestätigung

I. Prüfungsauftrag

1. Aufgrund unserer Wahl zum Abschlussprüfer durch den Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg am 20. September 2010 erteilte uns der kaufmännische Geschäftsführer des Eigenbetriebes

**Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement
des Landkreises Darmstadt Dieburg – Da-Di-Werk –, Messel,**

(im Folgenden kurz "Eigenbetrieb" oder "Da-Di-Werk" genannt)

den Auftrag, den **Jahresabschluss** des Eigenbetriebes für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 unter Einbeziehung der Buchführung und den **Lagebericht** für dieses Wirtschaftsjahr gemäß §§ 316 ff. HGB i.V.m. § 27 Abs. 2 EigBGes Hess zu prüfen.

2. Gemäß § 22 und § 26 EigBGes Hess finden die Bestimmungen für große Kapitalgesellschaften bei der Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht des Eigenbetriebes sinngemäß Anwendung. Jahresabschluss und Lagebericht hat der Eigenbetrieb nach §§ 316 ff. HGB i.V.m. § 27 EigBGes Hess prüfen zu lassen und nach den Bestimmungen des § 27 Abs. 4 EigBGes Hess bekannt zu machen.
3. Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß auch die Vorschriften des **§ 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG** beachtet. Wir verweisen auf unsere Berichterstattung in Abschnitt E.
4. Für die **Durchführung des Auftrags** und unsere Verantwortlichkeit sind, auch im Verhältnis zu Dritten, die diesem Bericht beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002 vereinbart.
5. Über Art und Umfang sowie über das **Ergebnis unserer Prüfung** erstatten wir diesen Bericht nach den Grundsätzen des IDW PS 450, dem der von uns geprüfte Jahresabschluss sowie der geprüfte Lagebericht als Anlagen beigefügt sind.

II. Bestätigung der Unabhängigkeit

6. Wir bestätigen gemäß § 321 Abs. 4a HGB, dass wir bei unserer Abschlussprüfung die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet haben.

B. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der Betriebsleitung

7. Nachfolgend stellen wir zusammengefasst die Beurteilung der Lage des Betriebs durch die Betriebsleitung (siehe Anlage I) dar:
8. Zunächst erläutert die Betriebsleitung den satzungsmäßigen Zweck des Eigenbetriebes und die zugeordneten Aufgaben des Gebäudemanagements an den kreiseigenen Schulen. Anschließend wird hervorgehoben, dass aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenstellung eine Trennung der Betriebszweige erfolgt. Daher stellt die Betriebsleitung den Geschäftsverlauf und die Lage der beiden Betriebszweige getrennt dar.

Zunächst wird für den Betriebszweig Umweltmanagement erläutert, dass die Betriebsführungskosten für die fünf Bioabfallkompostierungsanlagen in Höhe von € 3,39 Mio (im Vorjahr € 3,48 Mio) vom ZAW erstattet werden. Im Jahr 2009 wurden rd. 59.000 (Im Vorjahr rd. 56.500) Tonnen Bio- und Grünabfälle angeliefert. Je verarbeiteter Tonne wurde im Berichtsjahr ein spezifischer Preis von rd. € 57 ermittelt. Weiterhin weist die Betriebsleitung daraufhin, dass zum 1. Oktober 2009 die Betriebsführung der Wertstoffannahmestellen der Stadt Groß-Umstadt und der Gemeinde Otzberg übernommen wurden. Das Ergebnis des Betriebszweiges Umweltmanagement war mit T€ 679 (im Vorjahr T€ 362) erneut positiv.

Neben dem Zweck des Betriebszweiges Gebäudemanagement wird dessen Vereinbarung mit dem Kreis Darmstadt-Dieburg erläutert. Die Aufwendungen abzüglich der Erträge werden dem Kreis auf Basis einer verwaltungsinternen Kostenerstattungsvereinbarung in Rechnung gestellt. Dabei wurde die Vorgabe des Landkreises eingehalten, indem der im Haushalt des Landkreises vorgesehene Anteil an der Schulumlage nicht überschritten wurde. Weiterhin weist die Betriebsleitung darauf hin, dass aufgrund der Förderprogramme von Bund und Land zum Jahresende 2009 71 Einzelprojekte in Schulen mit einem geschätzten Investitionsvolumen von € 100 Mio bis Ende 2010 abgewickelt werden. Der dadurch erforderliche höhere Bestand an Fachpersonal führte zu einem Anstieg des Personalaufwandes gegenüber dem Vorjahr.

Die gemäß § 26 EigBGes Hess gesonderten Angaben im Lagebericht hat der Betrieb jeweils für die einzelnen Betriebszweige gemacht.

Weiterhin erläutert die Betriebsleitung, dass aus ihrer Sicht keine bestandsgefährdenden Risiken bestehen, da das Da-Di-Werk hoheitliche Aufgaben für den Landkreis Darmstadt-Dieburg erfüllt. Die Aufwendungen für das Gebäudemanagement werden vom Landkreis über die Schulumlage aufgrund einer Kostenerstattungsvereinbarung erstattet.

Die Betriebsleitung geht davon aus, dass auch zukünftig positive Jahresergebnisse im Betriebszweig Umweltmanagement zu erwarten sind. Im Bereich Gebäudemanagement wird aufgrund der noch in den Jahren 2010 und 2011 bestehenden Kostenerstattungsvereinbarung weiterhin ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt. Für diesen Bereich ist ein Vermieter-/Mietermodell vorgesehen, dass die Abrechnung der Kosten auf Grundlage eines Mietvertrages mit einer Grundmiete und Nebenkosten auf Basis des tatsächlichen Verbrauchs vorsieht.

9. Die Beurteilung der Lage des Eigenbetriebes, insbesondere die Beurteilung des Fortbestandes und der wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung des Eigenbetriebes, ist plausibel und folgerichtig abgeleitet. Nach dem Ergebnis unserer Prüfung und den dabei gewonnenen Erkenntnissen ist die Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter dem Umfang nach angemessen und inhaltlich zutreffend.

II. Wesentliche Geschäftsvorfälle und bilanzpolitische Maßnahmen

10. Zum 1. Januar 2008 wurde dem Eigenbetrieb durch Beschluss des Kreistages des Landkreises Darmstadt-Dieburg der neue Betriebszweig **Gebäudemanagement** übertragen. Der Eigenbetrieb soll eine bedarfsgerechte Bereitstellung und effiziente Bewirtschaftung kreiseigener Grundstücke, Gebäude und Räume sicherstellen. Der Zeitpunkt der Übertragung des Anlagevermögens des Betriebsbereiches Gebäudemanagement wurde bisher noch nicht endgültig festgelegt.
11. Im Berichtsjahr wurden Investitionen von insgesamt € 38,3 Mio vorgenommen, davon entfallen € 37,3 Mio auf den Bereich Gebäudemanagement und € 1,0 Mio auf den Bereich Umweltmanagement.
12. Die Darlehensaufnahmen des Berichtsjahres in Höhe von € 22,5 Mio betreffen ausschließlich den Betriebsbereich Gebäudemanagement.
13. Der Betriebszweig Gebäudemanagement hat Fördermittel aus dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen (T€ 8.974), aus dem Investitionsprogramm des Bundes Zukunft Bildung und Betreuung (T€ 4.660) sowie aus der Schulbaupauschale des Landkreises Darmstadt-Dieburg (T€ 2.710) erhalten.
14. Der Betrieb hat für Darlehen, deren Zinsbindung abläuft, mit der Landesbank Hessen-Thüringen eine **Zinstauschvereinbarung** (Forward Payer Swap) vereinbart. Aus den Finanztermingeschäften des Berichtsjahres fielen insgesamt Aufwendungen von € 152.268,50 und Erträge von € 58.678,91 an, die saldiert den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen zugerechnet wurden.

III. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

15. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 24. September 2010 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

" Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Eigenbetriebes für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg - Da-Di-Werk -, Messel, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 27 Abs. 2 EigBGes Hess unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Eigenbetriebes sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

C. Gegenstand, Art und Umfang der Prüfung

16. Gegenstand unserer Prüfung waren die **Buchführung**, der nach den für alle Kaufleute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften (§§ 242 bis 256 HGB) sowie den ergänzenden Vorschriften des EigBGes Hess (§§ 22 bis 27) aufgestellte **Jahresabschluss** für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 und der **Lagebericht** für das Wirtschaftsjahr 2009. Die Verantwortung für die Ordnungsmäßigkeit von Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht tragen die gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes. Unsere Aufgabe war es, diese Unterlagen unter Einbeziehung der Buchführung einer Prüfung dahin gehend zu unterziehen, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und die sie ergänzenden Bestimmungen des EigBGes Hess beachtet worden sind. Den Lagebericht haben wir zusätzlich dahin gehend geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.
17. Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des **§ 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG** und den hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen veröffentlichten Prüfungsstandard "Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG" (IDW PS 720) beachtet.
18. Die Beurteilung der Angemessenheit des **Versicherungsschutzes** des Eigenbetriebes, insbesondere ob alle Wagnisse bedacht und ausreichend versichert sind, war nicht Gegenstand des uns erteilten Auftrags zur Jahresabschlussprüfung.
19. Unsere **Prüfung** haben wir von Juli bis September 2010 (mit Unterbrechungen) in den Geschäftsräumen des Da-Di-Werkes in Messel durchgeführt. Abschließende Arbeiten erfolgten im September 2010 in unserem Büro in Frankfurt am Main.
20. **Ausgangspunkt** war der von uns geprüfte und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2008.
21. Bei Durchführung der Prüfung haben wir die Vorschriften des § 27 Abs. 3 EigBGes i.V.m. §§ 316 ff. HGB und die in den Prüfungsstandards des IDW niedergelegten **Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung** beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung so angelegt, dass wir Unrichtigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, erkennen konnten. Gegenstand unseres Auftrags waren weder die Aufdeckung und Aufklärung strafrechtlicher Tatbestände, wie z.B.

Untreuehandlungen oder Unterschlagungen, noch außerhalb der Rechnungslegung begangener Ordnungswidrigkeiten. Prüfungsplanung und Prüfungsdurchführung haben wir jedoch so angelegt, dass diejenigen Unregelmäßigkeiten, die für die Rechnungslegung wesentlich sind, mit hinreichender Sicherheit aufgedeckt werden. Die gesetzlichen Vertreter des Eigenbetriebes sind für die Einrichtung und Durchsetzung geeigneter Maßnahmen zur Verhinderung bzw. Aufdeckung von Unregelmäßigkeiten verantwortlich. Die Überwachung obliegt der Betriebskommission, die dabei auch das Risiko der Umgehung von Kontrollmaßnahmen berücksichtigt.

22. Im Rahmen unseres **risikoorientierten Prüfungsansatzes** haben wir uns zunächst einen aktuellen Überblick über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Betriebes verschafft und uns durch Gespräche mit der Leitung des Eigenbetriebes mit den Geschäftsrisiken befasst, die zu wesentlichen Fehlern in der Rechnungslegung führen können. Zudem haben wir untersucht, welche Maßnahmen der Betrieb ergriffen hat, um diese Geschäftsrisiken zu bewältigen. In diesem Zusammenhang haben wir eine Prüfung der Angemessenheit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Betriebes durchgeführt. Die Prüfung des internen Kontrollsystems erstreckte sich vor allem auf folgende Bereiche:

- Kontrollumfeld der Gesellschaft
- Prozess der Analyse der Geschäftsrisiken durch die Betriebsleitung
- Einrichtung von organisatorischen Maßnahmen durch die Unternehmensleitung als Reaktion auf die festgestellten Geschäftsrisiken
- Buchführungssystem und Management-Informationssystem
- Überwachung des internen Kontrollsystems durch die Unternehmensleitung

Die Prüfungshandlungen zum internen Kontrollsystem haben wir schwerpunktmäßig in den Geschäftsprozessen durchgeführt, die einen engen Bezug zur Rechnungslegung haben.

23. Diese Kenntnisse haben wir bei der Bestimmung unseres weiteren Prüfungsvorgehens berücksichtigt. In den Bereichen, in denen die Betriebsleitung angemessene interne Kontrollen zur Begrenzung dieser Risiken eingerichtet hat, haben wir **Funktionsprüfungen** durchgeführt, um uns von der kontinuierlichen Wirksamkeit dieser Maßnahmen zu überzeugen. Der Grad der Wirksamkeit dieser internen Kontrollen bestimmte anschließend Art und Umfang unserer Prüfung einzelner Geschäftsvorfälle und Bestände sowie der von uns durchgeführten analytischen Prüfungshandlungen. Soweit wir aufgrund der Wirksamkeit der bei dem Betrieb eingerichteten internen Kontrollen von der Richtigkeit des zu überprüfenden Zahlenmaterials ausgehen konnten, haben wir die Untersuchung von Einzelvorgängen weitgehend eingeschränkt. Insbesondere bei Geschäftsvorfällen, die nach ihrer Art in größerer Zahl nach identischen Verfahren erfasst und - nach unseren bisherigen Feststellungen im Rahmen eines wirksamen internen Kontrollsystems - abgewickelt wurden, trat die Prüfung der stetigen Anwendung der maßgeblichen in-

ternen Kontrollen der Gesellschaft in den Vordergrund. In den übrigen Bereichen haben wir im Wesentlichen Einzelfallprüfungen auf der Basis von Stichproben und analytische Prüfungshandlungen durchgeführt. Unter Beachtung des Grundsatzes der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit haben wir daher im Folgenden aussagebezogene Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungssicherheit durchgeführt.

Zur **Prüfung der Posten des Jahresabschlusses** des Da-Di-Werkes haben wir u.a. Liefer- und Leistungsverträge, Darlehensverträge, den Jahresabschluss und Prüfungsbericht eines verbundenen Unternehmens sowie sonstige Geschäftsunterlagen eingesehen. Zur Prüfung der Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wir Saldenbestätigungen zum 31. Dezember 2009 eingeholt. Zur Prüfung der geschäftlichen Beziehungen mit Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten haben wir uns zum 31. Dezember 2009 Bankbestätigungen zukommen lassen. An der Inventur der Vorräte haben wir im Hinblick auf die Geringfügigkeit der Bestände nicht teilgenommen. Bei der Prüfung der Rückstellungen für Pensionen und Altersteilzeitrückstellungen haben uns Auszüge aus einem versicherungsmathematischen Gutachten von einem unabhängigen Sachverständigen vorgelegen, dessen Ergebnisse wir verwerten konnten.

24. Von der Betriebsleitung und den von ihr beauftragten Mitarbeitern sind uns alle verlangten **Aufklärungen und Nachweise** erbracht worden.

Die Betriebsleitung hat uns die berufsübliche schriftliche Vollständigkeitserklärung erteilt.

D. Feststellungen zur Rechnungslegung

I. Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

1. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

25. Die **Buchführung** und das **Belegwesen** sind nach unseren Feststellungen ordnungsgemäß und entsprechen den gesetzlichen Vorschriften. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen zu entnehmenden Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.
26. Bei unserer Prüfung haben wir keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von der Gesellschaft getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die **Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme** zu gewährleisten.
27. Das rechnungslegungsbezogene **interne Kontrollsystem** ist nach unseren Feststellungen grundsätzlich dazu geeignet, die vollständige und richtige Erfassung, Verarbeitung, Dokumentation und Sicherung des Buchungsstoffs zu gewährleisten.

2. Jahresabschluss

28. Im Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 des Da-Di-Werkes wurden die gesetzlichen Vorschriften einschließlich der rechtsformspezifischen Vorschriften für Eigenbetriebe sowie die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung beachtet.
29. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung wurden ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet. Dabei wurden die handelsrechtlichen Ansatz-, Ausweis- und Bewertungsvorschriften eingehalten. Der Grundsatz der Bewertungsstetigkeit (§ 252 Abs. 1 Nr. 6 HGB) wurde beachtet.
30. Der Anhang entspricht den gesetzlichen Vorschriften. Die Angaben im Anhang sind vollständig und zutreffend.

3. Lagebericht

31. Der Lagebericht entspricht den gesetzlichen Vorschriften (§ 289 HGB) und den ergänzenden Bestimmungen des EigBGesHess. Er steht mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang. Der Lagebericht vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des Da-Di-Werkes. Nach unserer Auffassung sind im Lagebericht die wesentlichen Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dargestellt.

II. Gesamtaussage des Jahresabschlusses

32. Der Jahresabschluss entspricht den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt insgesamt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes.
33. Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind grundsätzlich an die handelsrechtlichen Regelungen sowie die gesonderten Regelungen nach dem Eigenbetriebsgesetz angelehnt. Wesentliche Änderungen der Bewertungsgrundlagen haben sich im Berichtsjahr nicht ergeben. Die Bewertungsgrundlagen sind im Anhang wiedergegeben.
34. Im Rahmen der Übertragung der Aufgaben im Bereich Gebäudemanagement hat das Da-Di-Werk Mitarbeiter, von denen für einen Teil der Mitarbeiter bereits vor dem 1. Januar 2008 eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen wurde, eine Rückstellung für Altersteilzeit gebildet. Aufgrund der bestehenden Kostenerstattungsvereinbarung mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg sind die Aufwendungen im Rahmen der Altersteilzeitvereinbarung von diesem zu tragen, so dass zum 31. Dezember 2009 eine Forderung an den Kreis in Höhe der Rückstellung bilanziert wurde.

Da die Berechnung der Rückstellung erstmals zum 31. Dezember 2008 erfolgte, wurde weder die Veränderung der Rückstellung noch die Veränderung der Forderung in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst. Unter Wesentlichkeitsaspekten halten wir dies für vertretbar, da sich hieraus keine Ergebnisauswirkung ergibt.

III. Weitere Erläuterungen zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögens- und Kapitalstruktur

35. Im **Vergleich zum Vorjahr** ergaben sich im Einzelnen die folgenden Veränderungen:

	31.12.2009		31.12.2008		Veränderung
	T€	%	T€	%	T€
Aktiva					
Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagenvermögen	58.920	82,2	22.955	70,1	35.965
Finanzanlagen	26	0,0	26	0,1	0
Langfristiges Vermögen	58.946	82,3	22.981	70,1	35.965
Vorräte	96	0,1	95	0,3	1
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	184	0,3	1.177	3,6	-993
Forderungen an den Landkreis	11.330	15,7	7.690	23,4	3.640
Forderungen gegen verbundene Unternehmungen	18	0,0	20	0,1	-2
Übrige Aktiva	630	0,9	50	0,2	580
Flüssige Mittel	456	0,6	791	2,3	-335
Kurzfristig gebundenes Vermögen	12.714	17,7	9.823	29,9	2.891
	71.660	100,0	32.804	100,0	38.856
Passiva					
Eigenkapital	3.651	5,1	3.079	9,3	572
Sonderposten für Investitionszuschüsse	19.290	26,9	3.173	9,7	16.117
Pensions- und langfristige sonstige Rückstellungen	1.649	2,3	1.587	4,8	62
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.125	49,0	16.292	49,7	18.833
Langfristige Mittel	59.715	83,3	24.131	73,6	35.584
Kurzfristige Rückstellungen	3.116	4,3	4.419	13,5	-1.303
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	309	0,4	591	1,8	-282
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.421	10,4	1.441	4,4	5.980
Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis	994	1,4	78	0,2	916
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	105	0,1	2.144	6,4	-2.039
Kurzfristig gebundene Schulden	11.945	16,7	8.673	26,3	3.272
	71.660	100,0	32.804	100,0	38.856
Langfristiges Vermögen	58.946	82,3	22.981	70,1	35.965
Langfristige Mittel	59.715	83,3	24.131	73,6	35.584
Rechnerische Liquiditätsüberdeckung	769	1,1	1.150	3,5	-381

Die Bilanzsumme nahm im Vergleich zum Vorjahr um T€ 38.856 oder 118,5 % zu. Dieser Anstieg ist auf der Aktivseite auf hohe Zugänge zum Anlagevermögen im Bereich Gebäudemanagement sowie auf der Passivseite auf die Aufnahme neuer Darlehen und den Zugang von Investitionszuschüssen zurückzuführen.

36. Bei den **immateriellen Vermögensgegenständen** und dem **Sachanlagevermögen** stehen den Anlagenzugängen von T€ 38.318 Abschreibungen in Höhe von T€ 2.289 sowie Abgänge in Höhe von T€ 64 gegenüber, so dass sich eine Zunahme um T€ 35.965 ergibt.

Der Anteil des langfristig gebundenen Vermögens an der Bilanzsumme nahm somit um 12,2 Prozentpunkte auf 82,3 % zu.

37. Das kurzfristig gebundene Vermögen ist um T€ 2.891 auf T€ 12.714 gestiegen. Hier haben sich insbesondere die **Forderungen an den Landkreis** erhöht. Diese beinhalten im Wesentlichen die Erstattung der im Betriebszweig Gebäudemanagement entstandenen Aufwendungen für das Jahr 2009. Dem stehen ein Rückgang der **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** sowie eine Abnahme der **flüssigen Mittel** gegenüber.
38. Das **Eigenkapital** nahm im Berichtsjahr durch die Zurechnung des Jahresgewinns 2009 von T€ 679 abzüglich der Abführung der Eigenkapitalverzinsung an den Haushalt des Kreises Darmstadt-Dieburg von T€ 107 um T€ 572 zu.
39. Der Anstieg der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** ist auf die Neuaufnahme von Darlehen für den Bereich Gebäudemanagement zurückzuführen.
40. Der **Sonderposten für Investitionszuschüsse** betrifft eine Schulbaupauschale, Zuschüsse für IZBB-Maßnahmen sowie Zuschüsse aus dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen. Der Sonderposten wird entsprechend der Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter erfolgswirksam aufgelöst. Die Auflösung (T€ 227) wird unter den sonstigen betrieblichen Erträgen ausgewiesen.
41. Insgesamt erhöhten sich die **langfristigen Mittel** somit um T€ 35.584. Im Verhältnis zur Bilanzsumme stieg der Anteil der langfristigen Mittel um 9,7 Prozentpunkte auf 83,3 %.
42. Der Rückgang der **sonstigen Rückstellungen** resultiert hauptsächlich aus dem Verbrauch der Rückstellung für unterlassene Instandhaltung im Betriebsbereich Gebäudemanagement.
43. Die **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** nahmen aufgrund der stark gestiegenen Investitionen stichtagsbedingt um T€ 5.980 zu.
44. Die **übrigen kurzfristigen Verbindlichkeiten** sind hauptsächlich wegen Rückzahlung eines von dem Zweckverband Abfall- und Wertstoffsammlung Landkreis Darmstadt-Dieburg gewährten Kassenkredites in Höhe von T€ 2.000 zurückgegangen.

Finanzlage

45. Über die finanzielle Entwicklung im Vergleich zum Vorjahr gibt die folgende **Kapitalflussrechnung** Aufschluss:

	2009	2008
	T€	T€
Jahresgewinn	679	362
Verzinsung des Eigenkapitals (Vorabausschüttung an den Landkreis)	-107	-108
Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	2.289	1.739
Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	-227	-74
Abnahme (-) / Zunahme der Rückstellungen	-1.241	3.999
Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Sachanlagevermögens	64	28
Zunahme (-) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-3.226	-7.919
Zunahme (+) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuordnen sind	6.988	38
Mittelzufluss / abfluss (-) aus der laufenden Geschäftstätigkeit	5.219	-1.935
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	0	44
Einzahlungen in Sonderposten für Investitionszuschüsse	16.344	3.247
Auszahlungen für Investitionen in das Immaterielle Anlagevermögen und Sachanlagevermögen	-38.318	-9.303
Mittelabfluss(-) aus der Investitionstätigkeit	-21.974	-6.012
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	22.495	7.213
Rückzahlung (-) / Einzahlungen aus der Erhöhung des Kassenkredits	-2.000	2.000
Auszahlungen für die Tilgung von Darlehen	-3.662	-2.561
Mittelzufluss aus der Finanzierungstätigkeit	16.833	6.652
Abnahme des Finanzmittelfonds	78	-1.295
Finanzmittelfonds am 01.01.	200	1.495
Finanzmittelfonds am 31.12.	278	200

Der Finanzmittelfonds setzt sich aus den flüssigen Mitteln (T€ 456) und den Kontokorrentverbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten T€ 178) zusammen. Die Mittelzuflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit und aus der Finanzierungstätigkeit reichten im Berichtsjahr aus, um den Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit zu finanzieren.

46. Die Veränderung der langfristigen Finanzierungsverhältnisse stellt sich wie folgt dar:

	T€
Zunahme des langfristig gebundenen Vermögens	35.965
Zunahme der langfristigen Mittel	35.584
Abnahme der rechnerischen Liquiditätsüberdeckung	-381

Im langfristigen Bereich (Verhältnis der langfristigen Mittel zu dem langfristig gebundenen Vermögen) besteht zum 31. Dezember 2009 eine rechnerische Liquiditätsüberdeckung von T€ 769. Im Vorjahr bestand eine rechnerische Liquiditätsüberdeckung von T€ 1.150, die im Berichtsjahr um T€ 381 abgebaut wurde.

47. Der Eigenkapitalanteil an der Bilanzsumme hat sich auf 5,1 % (Vorjahr 9,3 %) verringert. Das Eigenkapital und der Sonderposten aus Investitionszuschüssen finanziert das Anlagevermögen zu 38,9 % (Vorjahr 27,2 %).

Ertragslage

48. In der nachstehenden **Ergebnisübersicht** haben wir die Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung (Anlage II) nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten aufbereitet:

	2009		2008		Ergebnis- verän- derung
	T€	%	T€	%	T€
Betriebliche Erträge					
Umsatzerlöse	30.460	93,4	26.996	94,4	3.464
Bestandsveränderung	-4	0,0	4	0,0	-8
Sonstige betriebliche Erträge	2.148	6,6	1.605	5,6	543
	32.604	100,0	28.605	100,0	3.999
Betriebliche Aufwendungen					
Materialaufwand	10.803	33,1	9.573	33,5	-1.230
Personalaufwand	10.264	31,4	9.471	33,1	-793
Abschreibungen	2.289	7,0	1.739	6,1	-550
Übrige betriebliche Aufwendungen	7.765	23,8	6.689	23,4	-1.076
	31.121	95,5	27.472	96,0	-3.649
Betriebsgewinn	1.483	4,5	1.133	4,0	350
Zinsergebnis	-803	-2,5	-766	-2,7	-37
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1	0,0	5	0,0	4
Jahresgewinn	679	2,1	362	1,3	317

Der Betrieb erwirtschaftete einen Jahresgewinn von T€ 679 gegenüber T€ 362 im Vorjahr.

49. Die **Umsatzerlöse** setzen sich wie folgt zusammen:

	2009	2008	Verän- derung
	T€	T€	T€
Kostenerstattungen Landkreis für Gebäudemanagement	23.463	20.257	3.206
Erlöse aus Kostenübernahmen	5.289	5.151	138
Vermietung von Abfallgefäßen (hoheitlich)	981	966	15
Anlieferungsgebühren	522	442	80
Verkauf von Handelswaren	263	258	5
Erlöse aus Kompostverkauf	107	108	-1
Vermietung von Abfallgefäßen (gewerblich)	74	73	1
Entgelte Arbeitsmaschinen	27	44	-17
Übrige Umsatzerlöse	9	3	6
abzüglich Innenumsatz Gebäudemanagement	-275	-306	31
	30.460	26.996	3.464

50. Die **sonstigen betrieblichen Erträge** betreffen im Einzelnen:

	2009	2008	Veränderung
	T€	T€	T€
Erträge aus außerschulischer Nutzung von Gebäuden	591	357	234
Erstattungen der Duales System Deutschland GmbH	518	517	1
Landszuschuss für die Unterhaltung des Schuldorfes	259	259	0
Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse	227	74	153
Erlöse aus dem Verkauf der Vermögengegenstände des Anlagevermögens	54	44	10
Erträge aus Schadenersatzleistungen	49	43	6
Förderungszuschuss für Biomassefeuerungsanlage	0	148	-148
Übrige sonstige betriebliche Erträge	450	163	287
	2.148	1.605	543

51. Die **Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren** sind wie folgt angefallen:

	2009	2008	Veränderung
	T€	T€	T€
Unterhaltung der Maschinen	325	336	-11
Material- und Wareneinkauf	261	256	5
Reinigungsmaterial	259	245	14
Heizöl und Festbrennstoffe	75	102	-27
Unterhaltung der Gebäude	102	82	20
	1.022	1.021	1

52. Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** setzten sich wie folgt zusammen:

	2009	2008	Veränderung
	T€	T€	T€
Unterhaltung der Gebäude und Anlagen	4.822	3.874	948
Fremdreinigung	2.310	2.268	42
Unterhaltung der Maschinen	610	612	-2
Energiesparmaßnahmen	887	608	279
Containermiete	233	199	34
Ausbau Pausenhöfe	193	232	-39
Transportkosten	193	191	2
Entsorgungskosten	145	138	7
Glasschäden	112	130	-18
Externe Grünabfallverwertung	73	103	-30
Analysen	55	23	32
Öffentlichkeitsarbeit	27	26	1
Verwertungsentgelte extern	25	17	8
Schädlingsbekämpfungsmaßnahmen	8	17	-9
Kehrgebühren	8	7	1
Reinigung der Arbeitskleidung	6	10	-4
Sonstige Aufwendungen für bezogene Leistungen	73	97	-24
	9.780	8.552	1.228

Die sonstigen Aufwendungen für bezogene Leistungen enthalten im Wesentlichen Kosten für Umbaumaßnahmen von Be- und Entlüftungssystemen, Kosten für Asphaltierung des Hallenbodens sowie für die Sanierung der Hallenstützen.

53. Im Berichtsjahr sind **Personalaufwendungen** wie folgt angefallen:

Löhne und Gehälter:

	2009	2008	Veränderung
	T€	T€	T€
Löhne und Gehälter	7.776	6.842	934
Veränderung der Urlaubs- und Überstundenrückstellungen	-8	296	-304
Veränderung der Rückstellung für Alterszeit	109	292	-183
Sonstige Personalaufwendungen	54	80	-26
	7.931	7.510	421

Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung:

	2009	2008	Veränderung
	T€	T€	T€
Sozialversicherungsbeiträge, ZVK-Beiträge	2.245	1.927	318
Zuführung zur Pensionsrückstellung	61	17	44
Beamtenversorgung	16	15	1
Zuführung zur Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen	11	2	9
	2.333	1.961	372

Die Zunahme der Personalaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus dem höheren Personaleinsatz im Betriebsbereich Gebäudemanagement.

54. Im Einzelnen beinhalten die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen**:

	2009	2008	Veränderung
	T€	T€	T€
Fernwärme / Wasser / Gas / Strom	5.029	4.459	570
Aufwendungen DSD	518	517	1
Müllgebühren	334	333	1
Miete	323	131	192
Abschluss-, Beratungs- und Prüfungskosten (einschl. Revisionsamt)	254	76	178
Versicherungen	238	123	115
Verwaltungsgemeinkostenerstattungen	140	107	33
Aus- und Fortbildung	82	45	37
Wartung EDV-Anlage	71	39	32
Rechts- und Beratungskosten	65	84	-19
Post- und Fernmeldegebühren	56	53	3
Erstattung Anlieferungsgebühren	50	46	4
Rekultivierungsaufwendungen Pfungstadt	49	251	-202
Reisekosten	46	39	7
Abgang von Anlagevermögen	38	72	-34
Bürobedarf	31	27	4
Verwaltungskosten des Landkreises	18	14	4
Gebäudereinigung	13	16	-3
Übrige sonstige betriebliche Aufwendungen	402	251	151
	7.757	6.683	1.074

Die Zunahme der **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betrifft im Wesentlichen die Aufwendungen für Fernwärme, Wasser, Gas und Strom, die im Bereich des Gebäudemanagements anfielen.

E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG

55. Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG sowie IDW PS 720 (Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Satzung, geführt worden sind.
56. Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in Anlage IV (Berichterstattung über die Erweiterung der Abschlussprüfung nach § 53 HGrG) dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

F. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses des Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg –Da-Di-Werk–, Messel, für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 und des Lageberichts für dieses Wirtschaftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

Der von uns erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B. "Wiedergabe des Bestätigungsvermerks" enthalten.

Frankfurt am Main, den 24. September 2010

WIBERA Wirtschaftsberatung AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft



Matthias Barnert
Wirtschaftsprüfer



Peter Pütz
Wirtschaftsprüfer



Anlagen

Anlagenverzeichnis**Seite**

I Lagebericht 2009	1
II Jahresabschluss	1
1. Bilanz zum 31. Dezember 2009	2
2. Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009	5
3. Anhang 2009	7
III Erfolgsübersicht	1
IV Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW PS 720)	1
V Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	1
VI Übersicht über die Entwicklung der langfristigen Verbindlichkeiten für das Wirtschaftsjahr 2009	1
VII Übersicht über die Entwicklung der Rückstellungen im Wirtschaftsjahr 2008	1

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2002

**Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement
des Landkreises Darmstadt-Dieburg
- Da-Di-Werk -**

Jahresabschluss zum 31.12.2009

Lagebericht 2009

Gegenstand des Eigenbetriebes

Der Eigenbetrieb Da-Di-Werk unterteilt sich in seinen Aufgabenstellungen in die Betriebszweige Umweltmanagement und Gebäudemanagement.

Satzungsmäßiger Zweck im Betriebszweig Umweltmanagement ist die Betriebsführung der 5 Bioabfallkompostierungsanlagen im Landkreis Darmstadt-Dieburg und die Geschäftsführung für den Zweckverband Abfall- und Wertstoffeinsammlung für den Landkreis Darmstadt-Dieburg (ZAW). Weiterhin ist das Umweltmanagement für die Gestellung von Abfallgefäßen für den ZAW und für die Betriebsführung der Recyclinghöfe in Weiterstadt und Groß-Umstadt/Semd zuständig.

Das Da-Di-Werk ist alleiniger Gesellschafter der Azur GmbH.

Das Da-Di-Werk ist öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im Sinne des Hessischen Abfallgesetzes.

Mit Beginn des Jahres 2008 wurden dem Da-Di-Werk auf Beschluss des Kreistages die Zuständigkeiten des Gebäudemanagements für den Hochbau, die Bauunterhaltung und die Hausmeister- und Reinigungsdienstleistungen an den kreiseigenen Schulen als neuer maßgeblicher Betriebszweig übertragen.

Das Da-Di-Werk verfolgt entsprechend der Betriebssatzung keine Gewinnerzielungsabsicht.

Betriebszweig Umweltmanagement

Darstellung des Geschäftsverlaufes

1. Kompostierungsanlagen

Das Da-Di-Werk betreibt 5 dezentrale Bioabfallkompostierungsanlagen mit eigenem Personal. Die Betriebsführungskosten erstattet der ZAW dem Da-Di-Werk zu Selbstkosten auf Basis dieses Jahresabschlusses. Mit 3,43 Mio. € (Vorjahr 3,48 Mio. €) konnten die Betriebsführungskosten im Vergleich zum Vorjahr stabil gehalten werden.

Im Jahr 2009 wurde ein neuer Spitzenwert, was die Tonnage der angelieferten Bio- und Grünabfälle angeht, verzeichnet. Mit rd. 59.500 Tonnen wurde die seit-

herige Höchstmarke aus 2008 (56.500 Tonnen) um rd. 3.000 Tonnen übertroffen. Trotz dieser erneuten Steigerung, die auf vermehrte gewerbliche Anlieferungen (z. B. Garten- und Landschaftsbaubetriebe) zurückzuführen ist, kam es zu keinen Engpässen bei der Verarbeitung. Der dadurch erforderliche höhere Arbeitsaufwand konnte durch eine optimierte Betriebsführung und Abgabe von Häckselgut an Landwirte kompensiert und damit kostenintensive externe Verwertung vermieden werden.

Der spezifische Preis pro verarbeiteter Tonne liegt mit rd. 57 € so niedrig wie noch nie zuvor.

Wie schon in den Jahren zuvor trägt damit das Da-Di-Werk in maßgeblicher Weise zur Müllgebührenstabilität im ZAW-Verbandsgebiet bei.

Die Akzeptanz in der Bevölkerung für die Bioabfalleinsammlung und -verwertung ist nach wie vor vorhanden. Dies ist belegt durch die offizielle Statistik des Landes Hessen, in der der Landkreis Darmstadt-Dieburg einen Spitzenplatz beim Einsammlungsergebnis einnimmt.

Die im 3-jährigen Rhythmus durchzuführende Revalidierung des Umweltmanagementsystems nach EMAS durch einen externen Gutachter ist erfolgreich verlaufen. Das Zertifikat wurde erneut für 3 Jahre ausgestellt.

2. Geschäftsführung für den Zweckverband Abfall- und Wertstoffeinsammlung für den Landkreis Darmstadt-Dieburg (ZAW)

Das Da-Di-Werk führt auf Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages die Geschäfte für den ZAW. Die Geschäftsführungskosten erstattet der ZAW dem Da-Di-Werk zu Selbstkosten auf Basis dieses Jahresabschlusses. Gegenüber dem Vorjahr waren keine Kostensteigerungen zu verzeichnen.

3. Azur GmbH

Alleiniger Gesellschafter der Azur GmbH ist der Landkreis Darmstadt-Dieburg mit dem Da-Di-Werk. Die AZUR GmbH ist für die Einsammlung des Elektroschrotts und dessen Verwertung im Landkreis zuständig und weist ein ausgeglichenes Jahresergebnis in Geschäftsjahren 2008 und 2009 aus.

Ein Ende des Jahres 2009 durch ein Wirtschaftsprüfungsinstitut erstelltes Gutachten zur finanziellen Struktur der Azur GmbH empfiehlt, das Stammkapital von derzeit 25.000 € auf 300.000 € zu erhöhen. Die dafür erforderlichen Mittel sind im Wirtschaftsplan 2010 bereits etatisiert. Die Beschlüsse der Gremien sollen in 2010 erfolgen.

Die Geschäftsführung der Azur GmbH ist nicht Gegenstand dieses Jahresabschlusses.

4. Abfallgefäßgestellung für den ZAW

Auf Basis eines Mietvertrages mit dem ZAW ist das Da-Di-Werk für die Gestellung der Abfallgefäße in den jeweiligen Größen für die Bereiche Hausmüll, Altpapier und Bioabfall zuständig.

Mit den in diesem Fachbereich erzielten Überschüssen konnten in den letzten Jahren größere Investitionen wie z.B. Ankauf und Umbau der Geschäftsstelle in Messel, Rekultivierung der Abfalldeponie Pfungstadt und Neuanschaffung von 50-l Restmülltonnen aus eigenen Mitteln - ohne Kreditaufnahme - finanziert werden.

Mittelfristig sollen weiterhin mit den erzielten Überschüssen künftige Investitionen ohne Darlehensaufnahme finanziert und bestehende Kredite außerplanmäßig getilgt werden.

5. Wertstoffhof Groß-Umstadt/Semd

Die Stadt Groß-Umstadt und die Gemeinde Otzberg haben eine Wertstoffannahmestelle direkt beim Kompostwerk Semd unter Bauoberleitung und Koordination des Da-Di-Werkes errichtet und das Da-Di-Werk mit der Betriebsführung beauftragt. Damit ist ein maßgebliches Projekt im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit verwirklicht worden. Eine solche Zusammenarbeit hat Vorbildcharakter und dient der Haushaltskonsolidierung der beteiligten Kommunen.

Die Inbetriebnahme erfolgte am 1. Oktober 2009. Nach knapp einem Jahr sind die Prognosen, was die Frequentierung der Annahmestelle angeht, bei weitem übertroffen worden.

Neben dem Recyclinghof in Weiterstadt hat das Da-Di-Werk damit die Betriebsführung dieser Annahmestelle im Auftrag zweier weiterer Kommunen übernommen.

6. Finanzielle Lage

Die Finanzsituation stellt sich nach Ablauf des Wirtschaftsjahres 2009 positiv dar. Das Planziel von 2009, einen Bilanzgewinn von ca. 1 Million auszuweisen, konnte mit nahezu 1,2 Mio. € übertroffen werden.

In 2009 erfolgten Darlehenstilgungen in Höhe von ca. 2,6 Mio. €. Der Schuldenstand konnte von 9,8 Mio. € auf 7,2 Mio. € verringert werden.

Die Betriebsleitung schlägt vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 679 TEUR auf neue Rechnung vorzutragen und für die Tilgung der noch bestehenden Kredite für den Bau der Kompostierungsanlagen, unter Einbeziehung der vorgesehenen Investitionen 2011, einzusetzen.

In 2009 erfolgte keine Kreditaufnahme.

Portfoliomanagement

Der Betriebszweig Umweltmanagement nimmt mit den noch bestehenden Krediten für den Bau der Kompostierungsanlagen am Portfoliomanagement der Kreisverwaltung teil.

Der Portfoliobeirat tagt einmal im Quartal zur Erörterung der aktuellen Finanzmarktlage, um hieraus Handlungsoptionen herauszuarbeiten. Aufgrund der daraufhin umgesetzten Operationalisierungen konnte der Betriebszweig Umweltmanagement kumulativ bis zum 31.12.2009 Zinsentlastungen in Höhe von 250 TEUR erzielen.

Darstellung der Lage

1. Bezüglich der Entwicklung des Anlagevermögens wird auf die Ausführungen im Anhang verwiesen.
2. Das Eigenkapital des Betriebszweiges Umweltmanagement setzt sich im Jahr 2009 wie folgt zusammen:

	2009 EUR	2008 EUR
Stammkapital	1.795.000,00	1.795.000,00
Allgemeine Rücklage	623.732,64	623.732,64
Zweckgebundene Rücklage	20.000,00	20.000,00
Überschuss des Vorjahres	532.687,81	278.593,66
Überschuss	<u>679.317,26</u>	<u>361.848,15</u>
	<u>3.650.737,71</u>	<u>3.079.120,45</u>

Der Jahresüberschuss hat sich wie folgt entwickelt:

	<u>EUR</u>
Jahresüberschuss 2009 aus den Geschäftsbereichen	
Kompostierungsanlagen	107.700,00
Vermietung von Abfallgefäßen	559.678,45
andere Bereiche	<u>11.938,81</u>
Stand am 31. Dezember 2009:	<u>679.317,26</u>

3. Zum Bilanzstichtag wurden nach dem Handelsgesetzbuch die erforderlichen Rückstellungen gebildet. Die Rückstellungen betreffen im Einzelnen:

	<u>EUR</u>
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	323.683,00
Jahresabschlusskosten	7.400,00
Urlaubsrückstellungen	64.901,00
Rückstellungen für Überstunden	82.195,00
Rückstellungen für Abfallbeseitigung	39.245,00
Rückstellung für Nachkompostierung	353.800,00
Rückstellung für ausstehende Rechnungen	6.300,00
Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge	
Deponie Pfungstadt	1.325.000,00
Rückstellung für Beihilfe	51.756,00
Rückstellung für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen (Archivierung)	12.240,00
Rückstellung für Altölentsorgung	160,00
Stand 31. Dezember 2009	<u>2.266.680,00</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

Im Wirtschaftsjahr 2009 konnte ein Überschuss in Höhe von 679.317,26 € erwirtschaftet werden.

Die Entwicklung der Umsatzerlöse des Betriebszweiges Umweltmanagement in den Jahren 2009 und 2008 zeigt folgende Übersicht:

	2009 EUR	2008 EUR
Erlöse aus Kostenübernahmen	5.288.654,24	5.150.721,16
Vermietung von Abfallgefäßen (hoheitlich)	980.803,72	965.869,54
Vermietung von Abfallgefäßen (gewerblich)	73.945,20	73.118,46
Anlieferungsgebühren	521.916,10	441.549,86
Verkauf von Handelswaren	262.671,09	258.382,32
Erlöse aus Kompostverkauf	107.306,44	107.726,93
Entgelte Arbeitsmaschinen	27.121,59	43.984,03
Übrige sonstige Umsatzerlöse	9.316,99	3.219,57
	<u>7.271.735,37</u>	<u>7.044.571,87</u>

Der Personalaufwand des Betriebszweiges Umweltmanagement in den Jahren 2009 und 2008 zeigt folgende Übersicht:

	2009 EUR	2008 EUR
Bezüge der Beschäftigten	1.940.120,94	1.827.152,26
Sonstige Personalaufwendungen	52.555,14	78.957,79
Auflösung der Überstunden- und Urlaubsrückstellung	-19.822,00	38.091,00
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>630.734,20</u>	<u>537.049,67</u>
	<u>2.603.588,28</u>	<u>2.481.250,72</u>

Im Berichtsjahr waren im Bereich Umweltmanagement durchschnittlich 50,8 Vollarbeitskräfte beschäftigt.

Der Überschuss sollte wie folgt verwendet werden: Erstattung der Eigenkapitalverzinsung an den Landkreis in Höhe von 107.700 € und Vortrag des Restbetrages auf neue Rechnung.

Bestandsgefährdende Risiken

Für das Da-Di-Werk bestehen im Betriebszweig Umweltmanagement keine bestandsgefährdenden Risiken, da das Da-Di-Werk hoheitliche Aufgaben für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Rahmen der Abfallgesetzgebung erfüllt. Der Betriebszweig Umweltmanagement ist in das Vertragsgeflecht des ZAW eingebunden und hat von daher Anspruch auf Kostendeckung aus dem Müllgebührenhaushalt des ZAW. Zudem übt das Da-Di-Werk die Funktion des öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgers gemäß dem Hessischen Abfallgesetz aus.

Ein Risikomanagementsystem ist eingerichtet. Dieses wird kontinuierlich aktualisiert und der Betriebskommission zur Kenntnis gegeben.

Ausblick

Die Betriebsleitung geht davon aus, dass auch in den Folgejahren positive Jahresergebnisse im Betriebszweig Umweltmanagement erzielt werden. Aus derzeitiger Sicht sind keine signifikanten Veränderungen der rechtlichen und finanziellen Struktur zu erkennen.

Mittelfristig sollen Überschüsse des Da-Di-Werkes des Betriebszweiges Umweltmanagement zur Darlehenstilgung eingesetzt werden, um den Kapitaldienst abzusensen. Damit soll weiterhin ein wichtiger Beitrag zur Müllgebührenstabilität im Landkreis Darmstadt-Dieburg geleistet werden.

Bei der Betriebsführung der Bioabfallkompostierungsanlagen genießt die Verhinderung von Geruchsemissionen gegenüber der umliegenden Wohnbevölkerung weiterhin allerhöchste Priorität.

Im Umfeld der Kompostierungsanlage in Weiterstadt kam es in 2009 zu vereinzelt Beschwerden aus der Bevölkerung. Diese wurden sehr ernst genommen und einer eingehenden Überprüfung unterzogen. Es hat sich hierbei herausgestellt, dass die Kompostierungsanlage Ausgangspunkt der Geruchsemissionen gewesen ist. Die Betriebsleitung hat daraufhin in Zusammenarbeit mit dem TÜV Süd (Mannheim) und dem Anlagenhersteller (BIODEGMA) unverzüglich reagiert und Maßnahmen eingeleitet, um die Betriebsführung so zu optimieren, dass es zu keinen weiteren Beschwerden kommt.

Die zurückliegenden Wochen - speziell im heißen Juli 2010 - haben gezeigt, dass die im Herbst 2009 ergriffenen Maßnahmen zu dem gewünschten Erfolg geführt haben.

Aktuell liegen aus dem Umfeld der Kompostierungsanlage in Weiterstadt, wie auch bei den übrigen Standorten, keinerlei Beschwerden mehr vor, die der Kompostierungsanlage zuzuordnen sind.

Betriebszweig Gebäudemanagement

Darstellung des Geschäftsverlaufes

Satzungsmäßiger Zweck des Betriebszweiges Gebäudemanagement ist es, eine dem Lebenszyklusansatz entsprechende bedarfsgerechte Bereitstellung und effiziente Bewirtschaftung kreiseigener Grundstücke, Gebäude und Räume unter ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten sicherzustellen.

Auch in 2009 sind die finanziellen Transferleistungen zwischen Da-Di-Werk und Landkreis noch auf Basis einer verwaltungsinternen Kostenerstattungsvereinbarung erfolgt. Hiernach stellt das Da-Di-Werk die Aufwendungen des Erfolgsplanes abzüglich der Erträge dem Landkreis in Rechnung.

In 2009 wurden die Vorgaben des Landkreises unter Anwendung des im Eigenbetrieb vorgesehenen Gesamtdeckungsprinzips eingehalten. Hiernach durfte der für das Da-Di-Werk im Landkreishaushalt vorgesehene Anteil an der Schulumlage nicht überschritten werden.

Neben der laufenden Betriebsführung, was die Abarbeitung des Erfolgsplanes anbelangt, lag in 2009 der Aufgabenschwerpunkt bei der weiteren zügigen Umsetzung des vom Kreistag verabschiedeten Schulbau- und Schulsanierungsprogramms mit einem geschätzten Investitionsvolumen bis 2016 in Höhe von 250 Mio. €. Zudem mussten seit Anfang 2009 die von Bund und Land im Zuge der Wirtschaftskrise zur Verfügung gestellten Förderprogramme (SIP / KIP) mit einem Volumen von 41 Mio. € in Angriff genommen werden. Zum Jahresende 2009 handelte es sich um insgesamt 71 Einzelprojekte mit einer Investitionssumme bis Ende 2010 von ca. 100 Mio. €. Alle Projekte werden auf Grundlage der „Leitlinien zum wirtschaftlichen Bauen“ des Da-Di-Werkes realisiert.

Die hierfür erforderlichen Planungsleistungen konnten vom Da-Di-Werk allein nicht erbracht werden. Es mussten externe Architekten und Fachingenieure beauftragt werden, die einen Großteil der Planungen übernommen hatten. Ungeachtet dessen

war vom Da-Di-Werk bei allen Projekten die Bauherrenfunktion im Rahmen der Projektsteuerung zu übernehmen. Aufgrund der genannten Fülle der Projekte konnte mit dem Ende 2008 vorhandenen Personalbestand diese Aufgabe nicht voll umfänglich wahrgenommen werden. Es war deshalb notwendig, den Fachpersonalbestand an Architekten und Bauingenieuren zu erhöhen. Hinzu kamen Stellen im Bereich der Hausmeister- und Reinigungsdienstleistungen sowie bei der Gärtner- und Malerkolonne.

Hieraus begründet sich der höhere Personalaufwand gegenüber dem „Startjahr“ 2008.

Fachbereich Verwaltungsgebäude Allgemein

Neben den Aufgaben des Gebäudemanagements an Schulen hat der Betriebszweig Gebäudemanagement ab 2009 Aufgaben an Verwaltungsgebäuden der Kreisverwaltung übernommen. In einem ersten Schritt hat der Kreisausschuss das Da-Di-Werk mit der Abwicklung der Baumaßnahme „Neubau Trakt 7“ beauftragt. Es wurde deshalb ein weiterer Fachbereich „Verwaltungsgebäude Allgemein“ eingerichtet. Hierbei ist sichergestellt worden, dass dieser Bereich sich nicht über die Schulumlage, sondern aus originären Kreismitteln refinanziert. Die Spaltungsbilanz für dieses Gebäude wurde erstellt und vom Kreistag beschlossen.

Kreditaufnahmen

Die Liquidität im Jahresverlauf war jederzeit sichergestellt, insbesondere durch ausbezahlte Fördergelder aus den Bundes- und Landesprogrammen (SIP / KIP).

Im Wirtschaftsjahr 2009 wurden Kredite in Höhe von 12.117.350,00 € für Schulbaumaßnahmen aufgenommen.

Auf Grundlage der Spaltungsbilanz für den Neubau des Traktes 7 beim Kreishaus in Darmstadt sind Verbindlichkeiten in Höhe von 10.377.546,73 € vom Da-Di-Werk (Fachbereich Verwaltungsgebäude Allgemein) übernommen worden.

Portfoliomanagement

Der Betriebszweig Gebäudemanagement nimmt mit seinen Krediten für Investitionsmaßnahmen am Portfoliomanagement der Kreisverwaltung teil.

Der Portfoliobeirat tagt einmal im Quartal zur Erörterung der aktuellen Finanzmarktlage, um hieraus Handlungsoptionen herauszuarbeiten. Aufgrund der daraufhin umgesetzten Operationalisierungen konnte der Betriebszweig Gebäudemanagement kumulativ bis zum 31.12.2009 Zinsentlastungen in Höhe von 16.296,57 € erzielen.

Darstellung der Lage

1. Das Grund- und Anlagevermögen an den Schulen ist bisher noch nicht in das Sondervermögen des Eigenbetriebs übergegangen. Eine diesbezügliche Entscheidung durch den Kreistag steht noch aus. Von daher beinhaltet das Anlagevermögen die Gegenstände, die ab dem 1. Januar 2008 vom Betriebszweig Gebäudemanagement angeschafft wurden. Die Entwicklung ergibt sich aus dem Anhang.

2. Die Forderungen an den Landkreis beinhalten die Erstattung der Aufwendungen abzüglich der Erträge aufgrund der verwaltungsinternen Kostenerstattungsvereinbarung mit dem Landkreis.
3. Zum Bilanzstichtag wurden die erforderlichen Rückstellungen gebildet. Die Rückstellungen betreffen im Einzelnen:

	<u>EUR</u>
Urlaubs- und Überstundenrückstellung	270.393,90
Rückstellung für erteilte Aufträge	1.783.487,69
Rückstellung für die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen (Archivierung)	37.400,00
Jahresabschlusskosten	6.500,00
Altersteilzeitrückstellung	<u>400.873,00</u>
Stand 31. Dezember 2009	<u>2.498.654,59</u>

Gewinn- und Verlustrechnung

Die Entwicklung der Umsatzerlöse und sonstigen betrieblichen Erträge in den Jahren 2009 und 2008 zeigt folgende Übersicht:

	2009 EUR	2008 EUR
<u>Umsatzerlöse</u>		
Kostenerstattung Landkreis	23.463.071,35	20.256.970,71
<u>Sonstige betriebliche Erträge</u>		
Erträge für Leistungen des Gebäudemanagements für den Landkreis	311.596,53	33.148,38
Kostenersatz für außerschulische Nutzung	590.835,32	356.719,66
Kostenersatz für Ausschreibungsunterlagen	9.868,01	17.025,00
Landeszuweisung für die Unterhaltungskosten Schuldorf Bergstraße	259.405,12	259.405,12
Schadenersatzleistungen von Versicherungen	42.625,27	43.477,01
Sonstige betriebsfremde regelmäßige Erträge	27.591,49	10.985,75
Förderung Biomassefeuerungsanlage	0,00	148.500,00
Sonstige Erträge unregelmäßig	4.064,50	6.371,54
Erträge Finanztermingeschäfte	0,00	8.418,95
Erträge aus Auflösung Sonderposten	78.449,08	3.580,00
Erträge Auflösung Sonderposten Schulbaupauschale	138.253,36	70.495,00
Erträge Auflösung von Rückstellungen	2.000,00	0,00
Periodenfremde Erträge	466,15	0,00
Erträge aus Auflösung Sonderposten	<u>10.699,27</u>	<u>0,00</u>
	<u>1.475.854,10</u>	<u>958.126,41</u>

Personalaufwendungen

Der Personalaufwand des Betriebszweiges Gebäudemanagement in den Jahren 2009 und 2008 zeigt folgende Übersicht:

	2009 EUR	2008 EUR
Personalaufwendungen	5.837.249,70	5.014.439,88
Zuführung der Überstunden- und Urlaubsrückstellung	11.762,06	258.631,84
Zuführung der Rückstellung für Altersteilzeit	109.262,00	291.611,00
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	1.701.981,10	1.423.835,88
	<u>7.660.254,86</u>	<u>6.988.518,60</u>

Im Berichtsjahr waren im Bereich Gebäudemanagement durchschnittlich 198,5 Vollarbeitskräfte beschäftigt.

Bestandsgefährdende Risiken

Für das Da-Di-Werk bestehen auch im Betriebszweig Gebäudemanagement keine bestandsgefährdenden Risiken, da das Da-Di-Werk auftragsgemäß hoheitliche Aufgaben für den Landkreis auf Basis der Schulgesetzgebung erfüllt. Die Ausgaben für das Gebäudemanagement an den landkreiseigenen Schulen werden vom Landkreis über die Schulumlage auf Basis einer Kostenerstattungsvereinbarung finanziert.

Ausgaben aus dem Fachbereich „Verwaltungsgebäude Allgemein“ werden vom Landkreis aus originären Kreismitteln erstattet.

Ausblick

Die Betriebsleitung geht davon aus, dass auch in den Jahren 2010 und 2011 zunächst noch auf Basis der schon erwähnten Kostenerstattungsvereinbarung mit dem Landkreis verfahren wird. Dadurch ist sichergestellt, dass die Aufwendungen des Betriebszweiges Gebäudemanagement vom Landkreis erstattet werden.

Nach wie vor ist vorgesehen, ein Vermieter-/Mietermodell aufzubauen, das die bisherige Kostenerstattungsvereinbarung ablösen soll. Die finanziellen Transfers sollen dann auf Grundlage eines Mietvertrages erfolgen, der eine Grundmiete und Nebenkosten auf Basis des tatsächlichen Verbrauchs vorsieht. Wesentlicher Bestandteil des Mietvertrages werden dabei die sogenannten Service Level Agreements (SLA) sein. Diese sollen die künftige Form der Leistungserbringung, wie z. B. die Art und Qualität der Bauunterhaltung, der Heizung, der Pflege der Außenanlagen, der Hausmeister- und Reinigungsdienstleistungen festlegen.

Vor dem Hintergrund der angespannten Haushaltslage des Landkreises erfolgen alle künftigen Investitionen, speziell im Hinblick auf deren Folgekosten mit unmittelbarer Auswirkung auf den Kreishaushalt in enger Absprache mit dem Kreisausschuss, auf Basis der Beschlüsse des Kreistages.

Hierbei werden insbesondere Auflagen der Aufsichtsbehörde im Zuge der Genehmigung des Wirtschaftsplanes 2010 beachtet.

Darmstadt / Messel, den 24. September 2010

gez.
Jürgen Kreis
kfm. Betriebsleiter

gez.
Holger Gehbauer
techn. Betriebsleiter
(Betriebszweig Gebäudemanagement)

gez.
Dr. Armin Kehrer
techn. Betriebsleiter
(Betriebszweig Umweltmanagement)

**Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009**

**Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement
des Landkreises Darmstadt - Dieburg
- Da-Di Werk -**

Bilanz zum 31. Dezember 2009

Aktivseite

	31.12.2009	31.12.2008
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	19.444,00	38.675,00
EDV-Software	107.313,00	59.522,00
	126.757,00	98.197,00
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	36.153.280,61	17.595.764,61
2. Maschinen und maschinelle Anlagen	1.054.765,56	1.074.733,07
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.230.233,22	1.630.171,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	19.355.472,00	2.556.967,85
	58.793.751,39	22.857.636,53
III. Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	25.564,59	25.564,59
	58.946.072,98	22.981.398,12
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	31.935,45	39.648,84
Fertige Erzeugnisse und Waren	64.061,78	55.796,40
	95.997,23	95.445,24
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	184.326,32	1.177.116,01
2. Forderungen an den Landkreis	11.330.088,91	7.689.423,70
davon aus Lieferungen und Leistungen € 11.189.270,21; (Vorjahr € 7.565.877,99);		
3. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	17.540,01	19.600,90
4. Sonstige Vermögensgegenstände	180.153,87	47.638,19
	11.712.109,11	8.933.778,80
III. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	456.166,81	791.348,92
	12.264.273,15	9.820.572,96
C. Rechnungsabgrenzungsposten	449.978,94	2.364,84
	71.660.325,07	32.804.335,92

	Passivseite	
	31.12.2009	31.12.2008
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Stammkapital	1.795.000,00	1.795.000,00
II. Rücklagen		
1. Allgemeine Rücklage	623.732,64	623.732,64
2. Zweckgebundene Rücklage	20.000,00	20.000,00
III. Gewinn		
Gewinn des Vorjahres	640.387,81	386.239,66
Verwendung für die Ausschüttung an den Landkreis	-107.700,00	-107.700,00
Jahresgewinn	679.317,26	361.848,15
	3.650.737,71	3.079.120,45
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	19.289.571,59	3.172.800,65
C. Rückstellungen		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	323.683,00	262.247,00
2. Steuerrückstellungen	0,00	3.764,06
2. Sonstige Rückstellungen	4.441.651,59	5.740.742,12
	4.765.334,59	6.006.753,18
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	35.434.391,84	16.931.383,57
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 2.781.703,99;		
(Vorjahr € 3.307.728,29)		
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	7.421.065,87	1.440.605,62
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 7.421.065,87;		
(Vorjahr € 1.440.605,62)		
3. Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis	994.164,17	78.162,16
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 994.164,17;		
(Vorjahr € 78.162,16)		
davon aus Lieferungen und Leistungen € 993.405,81;		
(Vorjahr € 78.162,16)		
4. Sonstige Verbindlichkeiten	105.059,30	2.095.510,29
davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 105.059,30;		
(Vorjahr € 2.095.510,29)		
davon aus Steuern € 100.429,34;		
(Vorjahr € 89.561,18)		
	43.954.681,18	20.545.661,64
	71.660.325,07	32.804.335,92

**Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement
des Landkreises Darmstadt - Dieburg
- Da-Di-Werk -**

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009**

	2009	2008
	€	€
1. Umsatzerlöse	30.459.625,80	26.995.298,96
2. Erhöhung/Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-3.907,90	4.078,35
3. Sonstige betriebliche Erträge	2.147.955,48	1.605.663,84
	32.603.673,38	28.605.041,15
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	1.022.589,33	1.020.758,37
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	9.780.408,46	8.552.575,73
	10.802.997,79	9.573.334,10
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	7.931.127,84	7.509.765,41
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung € 746.668,69; Vorjahr € 575.945,26)	2.332.715,30	1.960.885,55
	10.263.843,14	9.470.650,96
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.288.737,50	1.738.651,19
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	7.757.004,91	6.683.200,71
8. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	163.941,48	55.738,47
9. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	966.582,12	822.229,96
	-802.640,64	-766.491,49
10. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	688.449,40	372.712,70
11. Steuern vom Einkommen und Ertrag	918,19	4.992,00
12. Sonstige Steuern	8.213,95	5.872,55
13. Jahresgewinn	679.317,26	361.848,15

Nachrichtlich: Behandlung des Jahresgewinns

Zur Abführung an den Haushalt des Kreises Darmstadt-Dieburg

Auf neue Rechnung vorzutragen

107.700,00

571.617,26

Anhang

Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg Da-Di-Werk

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2009

I. Allgemeine Angaben und Erläuterungen zum Jahresabschluss

Auf den Jahresabschluss des Eigenbetriebes für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg zum 31. Dezember 2009 wurden gemäß § 22 EigBGes die Vorschriften der Rechnungslegung und Prüfung für große Kapitalgesellschaften angewandt. Die Bilanz wurde entsprechend den Formblattvorschriften des Eigenbetriebsgesetzes aufgestellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren angewandt.

Die Anteile an der AZUR GmbH werden zum 31. Dezember 2009 als Anteile an verbundene Unternehmen ausgewiesen.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände und des Sachanlagevermögens erfolgte zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen. Geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2a EStG, die beweglich und abnutzbar sind und selbständig nutzbar, werden über einen Sammelposten gebucht und entsprechend mit einem Fünftel über 5 Jahre abgeschrieben. Als Abgangszeitpunkt im Anlagenspiegel wird das Jahresende des Zugangsjahres angenommen.

Das **Anlagevermögen** gliedert sich entsprechend dem Eigenbetriebsgesetz.

Finanzanlagen sind mit den Anschaffungskosten angesetzt.

Die **Vorräte** an Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Die Vorräte an fertigen Erzeugnissen wurden mit den Herstellungskosten (Kompost und Mulch) bzw. mit dem Einkaufspreis (Handelswaren) bewertet.

Die **Forderungen** und **sonstige Vermögensgegenstände** sind zum Nennwert angesetzt; Ausfallrisiken zum Zeitpunkt der Bilanzerstellung ist durch ausreichend bemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Der **Kassenbestand**, die **Guthaben bei Kreditinstituten** und der **Rechnungsabgrenzungsposten** wurden zum Nennwert angesetzt.

Die **Rückstellungen für Pensionen** werden in steuerlich zulässiger Höhe ausgewiesen. Der Berechnung des Teilwertes gemäß § 6a EStG liegt unter Verwendung der Sterbetafeln 2005G ein Rechnungszinsfuß von 6 % p.a. zugrunde.

Die Ermittlung der **Rückstellung für Altersteilzeit** erfolgt nach den Grundsätzen IDW-Stellungnahme (IDW RS HFA 3) zur Rechnungslegung „Bilanzierung von Verpflichtungen von Altersteilzeitleistungen“.

Die **Rückstellungen** berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und Verpflichtungen. Die Ermittlung erfolgte nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung.

Verbindlichkeiten sind mit den Rückzahlungsbeträgen ausgewiesen.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Die Aufgliederung und Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens geht aus dem beigefügten Anlagenspiegel hervor.

Anlagenspiegel

	Anschaffungs- und Herstellungskosten				
	01.01.2009	Zugang	Umbuchungen	Abgang	31.12.2009
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten					
a) Umweltmanagement	214.330,78	2.613,24	0,00	11.989,80	204.954,22
2. EDV-Software					
a) Umweltmanagement	74.875,73	0,00	0,00	0,00	74.875,73
b) Gebäudemanagement	17.632,23	97.696,32	0,00	0,00	115.328,55
	92.507,96	97.696,32	0,00	0,00	190.204,28
	306.838,74	100.309,56	0,00	11.989,80	395.158,50
II. Sachanlagen					
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken					
a) Umweltmanagement	19.164.233,32	132.112,75	9.215,11	59.561,90	19.245.999,28
b) Gebäudemanagement	5.830.903,28	16.280.370,52	3.384.289,17	0,00	25.495.562,97
	24.995.136,60	16.412.483,27	3.393.504,28	59.561,90	44.741.562,25
2. Maschinen und maschinelle Anlagen					
a) Umweltmanagement	6.045.373,72	449.102,67	-3.927,48	251.979,92	6.238.568,99
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung					
a) Umweltmanagement	4.532.632,51	459.500,93	12.653,57	443.427,42	4.561.359,59
b) Gebäudemanagement	176.055,01	695.680,70	0,00	0,00	871.735,71
	4.708.687,52	1.155.181,63	12.653,57	443.427,42	5.433.095,30
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau und Anlagen im Bau					
a) Umweltmanagement	17.941,20	8.291,59	-17.941,20	0,00	8.291,59
b) Gebäudemanagement	2.539.026,65	20.192.442,93	-3.384.289,17	0,00	19.347.180,41
	2.556.967,85	20.200.734,52	-3.402.230,37	0,00	19.355.472,00
	38.306.165,69	38.217.502,09	0,00	754.969,24	75.768.698,54
III. Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen					
a) Umweltmanagement	25.564,59	0,00	0,00	0,00	25.564,59
	38.638.569,02	38.317.811,65	0,00	766.959,04	76.189.421,63

Abschreibungen					Restbuchwerte		Kennzahlen	
01.01.2009	Abschreibungen des Wirtschaftsjahres	Angesammelte Abschreibungen auf Abgänge	Abschreibungen auf Umbuchungen	31.12.2009	31.12.2009	31.12.2008	Durchschnittlicher Abschreibungssatz	Restbuchwert
EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	%	%
175.655,78	21.838,24	11.983,80	0,00	185.510,22	19.444,00	38.675,00	10,7	9,5
28.850,73	24.520,00	0,00	0,00	53.370,73	21.505,00	46.025,00	32,7	28,7
4.135,23	25.385,32	0,00	0,00	29.520,55	85.808,00	13.497,00	22,0	74,4
32.985,96	49.905,32	0,00	0,00	82.891,28	107.313,00	59.522,00	26,2	56,4
208.641,74	71.743,56	11.983,80	0,00	268.401,50	126.757,00	98.197,00	18,2	32,1
7.320.258,71	677.192,12	24.864,16	0,00	7.972.586,67	11.273.412,61	11.843.974,61	3,5	58,6
79.113,28	536.581,69	0,00	0,00	615.694,97	24.879.868,00	5.751.790,00	2,1	97,6
7.399.371,99	1.213.773,81	24.864,16	0,00	8.588.281,64	36.153.280,61	17.595.764,61	2,7	80,8
4.970.640,65	443.478,19	225.740,39	-4.575,02	5.183.803,43	1.054.765,56	1.074.733,07	7,1	16,9
3.060.645,51	475.857,24	439.971,40	4.575,02	3.101.106,37	1.460.253,22	1.471.987,00	10,4	32,0
17.871,01	83.884,70	0,00	0,00	101.755,71	769.980,00	158.184,00	9,6	88,3
3.078.516,52	559.741,94	439.971,40	4.575,02	3.202.862,08	2.230.233,22	1.630.171,00	10,3	41,0
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8.291,59	17.941,20	0,0	100,0
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	19.347.180,41	2.539.026,65	0,0	100,0
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	19.355.472,00	2.556.967,85	0,0	100,0
15.448.529,16	2.216.993,94	690.575,95	0,00	16.974.947,15	58.793.751,39	22.857.636,53	2,9	77,6
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25.564,59	25.564,59	0,0	100,0
15.657.170,90	2.288.737,50	702.559,75	0,00	17.243.348,65	58.946.072,98	22.981.398,12	3,0	77,4

Die Zusammensetzung der **Forderungen** und **sonstigen Vermögensgegenstände** wird aus der nachfolgenden Übersicht ersichtlich:

Fachbereich Umweltmanagement

	31.12.2009	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	169	1.155
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	18	19
(davon aus Lieferungen und Leistungen)	(18)	(19)
Forderungen an den Landkreis	146	138
(davon aus Lieferungen und Leistungen)	(5)	(14)
Sonstige Vermögensgegenstände	14	11
	347	1.323

Fachbereich Gebäudemanagement

	31.12.2009	Vorjahr
	TEUR	TEUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	16	22
Forderungen an den Landkreis	11.184	7.552
(davon aus Lieferungen und Leistungen)	(11.184)	(7.552)
Forderungen gegenüber Mitarbeiter	3	0
Sonstige Vermögensgegenstände	162	37
	11.365	7.611

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** resultieren wie im Vorjahr ausschließlich aus Lieferungen und Leistungen.

Insgesamt erhöhte sich das **Eigenkapital** durch den im Berichtsjahr erwirtschafteten Jahresgewinn und die geplante Gewinnverwendung um TEUR 572.

Die **Allgemeine Rücklage** und die **zweckgebundene Rücklage** sind gegenüber dem Vorjahr unverändert (TEUR 644).

Die **Sonderposten für Zuschüsse und Zulagen** in Höhe von insgesamt TEUR 19.290 setzen sich zusammen aus den Sonderposten für die Schulbaupauschale in Höhe von TEUR 5.322, den Fördermittel aus dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen in Höhe von TEUR 8.963, aus dem Investitionsprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung“ (IZBB) in Höhe von TEUR 4.859, für den Neubau einer zweigruppigen Erweiterung der „Betreuenden

Grundschule“ an der Astrid-Lindgren-Schule in Höhe von TEUR 144 sowie für ein Windfangelement an der Albrecht-Dürer-Schule in Höhe von TEUR 2.

Die **sonstigen Rückstellungen** decken alle erkennbaren Risiken und wurden in Höhe des Betrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Sie umfassen insbesondere Verpflichtungen aus dem Personalbereich (TEUR 523 Fachbereich Umweltmanagement und TEUR 671 Fachbereich Gebäudemanagement), für Nachkompostierung (TEUR 354), für die Rekultivierung der Deponie Pfungstadt (TEUR 1.325) sowie Reparaturen und Instandhaltungen für die in 2009 erteilten Aufträge im Fachbereich Gebäudemanagement (TEUR 1.784).

Die Fälligkeitsstruktur der **Verbindlichkeiten** stellt sich wie folgt dar:

Fachbereich Umweltmanagement

<u>Art der Verbindlichkeiten</u>	<u>Restlaufzeit (Jahre)</u>			
	Gesamt	bis zu 1	2 bis 5	über 5
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten				
(Vorjahr)	7.317	1.209	2.608	3.500
	(9.841)	(2.566)	(3.421)	(3.854)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				
(Vorjahr)	1.277	1.277	0	0
	(1.338)	(1.338)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis				
(Vorjahr)	31	31	0	0
	(76)	(76)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten				
davon aus Steuern (TEUR 26) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit (TEUR 0)				
(Vorjahr)	30	30	0	0
	(28)	(28)	(0)	(0)
Gesamt	8.665	2.547	2.608	3.500
(Vorjahr)	(11.283)	(4.008)	(3.421)	(3.854)

Fachbereich Gebäudemanagement

<u>Art der Verbindlichkeiten</u>	<u>Restlaufzeit (Jahre)</u>			
	Gesamt	bis zu 1	2 bis 5	über 5
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Verbindlichkeit gegenüber Kreditinstituten	28.117	1.666	5.999	20.452
(Vorjahr)	(7.090)	(741)	(600)	(5.749)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	6.144	6.144	0	0
(Vorjahr)	(103)	(103)	(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis	1.151	1.150	1	0
(Vorjahr)	(2)	(2)	(0)	(0)
Sonstige Verbindlichkeiten	76	76	0	0
davon aus Steuern (TEUR 74) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit (TEUR 0)				
(Vorjahr)	(2.068)	(2.068)	(0)	(0)
Gesamt	35.488	9.036	6.000	20.452
(Vorjahr)	(9.263)	(2.914)	(600)	(5.749)

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis handelt es sich um Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Besicherungen oder Pfandrechte für Verbindlichkeiten sind nicht bestellt.

IV. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**Umsatzerlöse**

Fachbereich Umweltmanagement	2009	2008
	TEUR	TEUR
Kompostierungsanlagen	4.099	4.096
Floratop/Handelsware	263	258
Recyclinghof Weiterstadt	134	127
Wertstoffhof Semd	30	0
Vermietung von Abfallgefäßen		
- Hoheitlich	981	966
- Gewerblich	74	73
Geschäftsführung ZAW	1.118	1.129
Geschäftsführung AZUR	73	51
Arbeitsmaschinen	27	44
Geschäftsbetrieb Gebäudemanagement	269	300
Altlasten	203	0
	7.271	7.044
Davon Erlöse von dem		
Fachbereich Gebäudemanagement	275	306
	6.996	6.738

Umsatzerlöse

Fachbereich Gebäudemanagement	2009	2008
	TEUR	TEUR
Gebäudemanagement allgemein	219	301
Grundschulen	8.657	7.519
Grund- und Hauptschulen	1.320	1.143
Gymnasien	916	999
Gesamtschulen	10.326	8.539
Förderschulen	943	1.004
Berufsschulen	1.010	752
Sonstige schulische Aufgaben	72	0
	23.463	20.257

Abschreibungen

Fachbereich Umweltmanagement

Immaterielle Vermögensgegenstände	TEUR	46
Sachanlagen	TEUR	1.597

Abschreibungen

Fachbereich Gebäudemanagement

Immaterielle Vermögensgegenstände	TEUR	25
Sachanlagen	TEUR	621

Das **Jahresergebnis** entfällt wie folgt auf die Betriebsbereiche:

Fachbereich Umweltmanagement	2009	2008
	TEUR	TEUR
Kompostierungsanlagen	108	108
Floratop/Handelsware	-25	-11
Vermietung von Abfallgefäßen		
– hoheitlich	517	459
– gewerblich	42	42
Rekultivierung Deponie Pfungstadt	-4	-222
DSD-Bereich	-12	-14
Altlasten	56	0
Wertstoffhof Semd	-3	0
	679	362

Im Fachbereich Gebäudemanagement wurde im Berichtsjahr wie im Vorjahr ein ausgeglichenes Ergebnis erzielt.

V. Sonstige Angaben

Anzahl der in 2009 beschäftigten Arbeitnehmer (Vollkräfte):

	<u>Anzahl</u>
Beamte	1
Beschäftigte (Umweltmanagement)	50,8
Beschäftigte (Gebäudemanagement)	<u>198,5</u>
	<u>250,3</u>

Die **Finanzanlagen** in Höhe von EUR 25.564,59 enthalten eine 100 % -ige Beteiligung an der AZUR GmbH, Mühlthal. Das Eigenkapital der AZUR GmbH beträgt zum 31. Dezember 2009 TEUR 38.

Zum 31. Dezember 2009 bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse aus Leasingverträgen im Bereich Umweltmanagement in Höhe von EUR 24.347,40 und im Bereich Gebäudemanagement in Höhe von EUR 93.967,17.

Weitere finanzielle Verpflichtungen aus Auftragserteilungen (Bestellobligo) für Schulbaumaßnahmen bestanden in Höhe von EUR 51.441.337.

Der Betrieb hat für Darlehen, deren Zinsbindung abläuft, mit der Landesbank Hessen-Thüringen eine **Zinstauschvereinbarung** (Forward Payer Swap) vereinbart. Aus den Finanztermingeschäften des Berichtsjahres fielen Aufwendungen für den Fachbereich Umweltmanagement von EUR 92.744,11 und Erträge von EUR 37.248,75 und für den Bereich Gebäudemanagement Aufwendungen von EUR 59.524,39 und Erträge von EUR 21.430,16 an, die saldiert den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen zugerechnet wurden.

Die Betriebsleitung für den Eigenbetrieb setzte sich im Geschäftsjahr 2009 wie folgt zusammen:

Herr Jürgen Kreis für den kaufmännischen Bereich

Herr Dr. Armin Kehrler für den technischen Bereich/Umweltmanagement

Herr Holger Gehbauer für den technischen Bereich/Gebäudemanagement.

Die Gesamtbezüge der Betriebsleitung betrugen EUR 246.792,63 (EUR 103.874,83 Fachbereich Umweltmanagement sowie EUR 142.917,80 Fachbereich Gebäudemanagement).

Das Gesamthonorar der Abschlussprüfung betrug für das Geschäftsjahr 2009 EUR 12.000.

Die Mitglieder der **Betriebskommission des Da-Di-Werkes** waren im Berichtsjahr:

Vorsitzender

Herr Kreisbeigeordneter Christel Fleischmann
(Vorsitzender und ständige/r Vertreter von Herrn Landrat Alfred Jakoubek (bis 09/2009) bzw. Herrn Landrat Klaus Peter Schellhaas (ab 10/2009) als satzungsmäßiger Vorsitzender)

Mitglieder des Kreisausschusses

Herr Landrat Alfred Jakoubek (bis 09/2009)
Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas (ab 10/2009)
Herr Kreisbeigeordneter Helmut Enders (bis 18.05.2009)
Herr Kreisbeigeordneter Prof. Dr. Hans Neunhoeffler (ab 07/2009)
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann
Frau Kreisbeigeordnete Marianne Streicher-Eickhoff
Frau Kreisbeigeordnete Karin Voigt

Mitglieder des Kreistages

Kreistagsabgeordneter Dr. Albrecht Achilles
Kreistagsabgeordnete Vera Baier
Kreistagsabgeordneter Peter Christ
Kreistagsabgeordneter Horst Deusinger
Kreistagsabgeordnete Irmgard Fischer
Kreistagsabgeordneter Heiko Handschuh
Kreistagsabgeordneter Hans-Peter Hörr
Kreistagsabgeordneter Dr. Ralf-Rainer Lavies
Kreistagsabgeordneter Norbert Leber
Kreistagsabgeordnete Karin Neipp
Kreistagsabgeordneter Prof. Dr. Hans Neunhoeffler (bis 07/2009)
Kreistagsabgeordneter Boris Freund (ab 08/2009)
Kreistagsabgeordnete Dagmar Wucherpennig

Sachkundige Mitglieder

Bürgermeister Karl Hartmann

Mitglieder des Personalrats

Herr Norbert Haselbauer bis 04/2009

Herr Dietrich Pflug ab 07/2009

Herr Stephan Kühn

Die Gesamtbezüge der Betriebskommission (Sitzungsgeld) betrugen EUR 8.957,60 (EUR 2.687,29 Fachbereich Umweltmanagement sowie EUR 6.270,31 Fachbereich Gebäudemanagement).

Messel, den 24. September 2010

Jürgen Kreis
kaufmännischer Betriebsleiter

Dr. Armin Kehrer
technischer Betriebsleiter/Umweltmanagement

Holger Gehbauer
technischer Betriebsleiter/Gebäudemanagement

**Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement
des Landkreises Darmstadt-Dieburg**

Erfolgsübersicht nach Betriebszweigen für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2009

	Summe	Verrechnung	Gebäude- management Betrag insgesamt	Umwelt- management Betrag insgesamt	Verwaltungs- gemeinkosten	Kompostierungs- anlagen	Floratop
	€	€	€	€	€	€	€
1. Materialaufwand							
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und bezogene Ware	1.022.589,33	75,00	417.226,25	605.438,08	14.145,34	421.446,29	111.236,08
b) Bezogene Leistungen	9.780.408,46	5.953,88	9.017.858,09	768.504,25	6.242,67	657.593,05	41.575,14
c) Aufwendungen v. anderen Betriebszweigen	261.259,08	0,00	0,00	261.259,08	2.641,85	21.731,60	79.934,32
2. Löhne und Gehälter	7.931.127,84	0,00	5.958.273,76	1.972.854,08	1.116.138,35	715.490,43	24.799,72
3. Soziale Abgaben und Aufwendungen Beamtenversorgung	2.332.715,30	0,00	1.701.981,10	630.734,20	381.156,54	208.572,48	7.229,36
4. Abschreibungen	2.288.737,50	0,00	645.851,71	1.642.885,79	89.095,32	997.734,03	5.259,84
5. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	966.582,12	37,67	485.434,26	481.185,53	114.919,00	307.787,90	1.737,45
6. Steuern	9.132,14	0,00	5.089,52	4.042,62	1.015,31	1.516,50	293,27
7. Andere betriebliche Aufwendungen	7.757.004,91	269.152,04	6.860.858,20	1.165.298,75	194.701,65	138.787,31	15.810,87
8. Summe 1 - 7	32.349.556,68	275.218,59	25.092.572,89	7.532.202,38	1.920.056,03	3.470.659,58	287.876,06
9. Umlage der Verwaltungsgemeinkosten Personal	0,00	0,00	0,00	0,00	-1.441.683,30	254.264,88	10.524,29
10. Umlage der Verwaltungsgemeinkosten Sachaufwand	0,00	0,00	0,00	0,00	-422.049,33	159.675,32	4.220,49
11. Leistungsausgl. des Aufwandsber. MA-Abt.	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	369.613,14	0,00
12. Leistungsausgl. Innerbetr. Zinsverrechnung	0,00	0,00	0,00	0,00	12.707,29	34.033,94	192,12
13. Aufwendungen insgesamt	32.349.556,68	275.218,59	25.092.572,89	7.532.202,38	69.030,69	4.288.246,86	302.812,96
14. Umsatzerlöse							
a) Umsatzerlöse aus Kostenübernahme gemäß Kostenaufteilungsvereinbarung							
aa) Umlage für Verlustausgleich							
- davon bereits erhoben	28.518.848,48	215.700,00	23.463.071,35	5.271.477,13	0,00	3.593.300,04	0,00
- noch zu erheben	-143.937,43	53.414,54	0,00	-90.522,89	0,00	-167.710,29	0,00
ab) Umlage für Eigenkapitalverzinsung (nachzuerheben)	107.700,00	0,00	0,00	107.700,00	0,00	107.700,00	0,00
b) Sonstige Umsatzerlöse	1.977.014,75	6.066,38	0,00	1.983.081,13	0,00	565.710,28	262.671,09
c) Erträge aus Lieferungen an andere Betriebszweige	261.259,08	0,00	0,00	261.259,08	22.146,96	210.401,13	21.603,83
15. Erhöhung/Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	-3.907,90	0,00	0,00	-3.907,90	0,00	2.132,00	-6.039,90
16. Sonstige betriebliche Erträge	2.147.955,48	0,00	1.475.854,10	672.101,38	44.416,26	77.805,08	0,00
17. Erträge aus Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18. Finanzerträge	163.941,48	37,67	153.647,44	10.331,71	2.467,47	6.608,62	37,31
19. Erträge insgesamt	33.028.873,94	275.218,59	25.092.572,89	8.211.519,64	69.030,69	4.395.946,86	278.272,33
20. Jahresergebnis	679.317,26	0,00	0,00	679.317,26	0,00	107.700,00	-24.540,63

Gebäude- management €	Recyclinghof €	Wertstoffhof Semd €	Abfallgefäßen (hoheitlich) €	Abfallgefäßen (gewerblich) €	Geschäftsführung ZAW €	Geschäftsführung AZUR €	Arbeits- maschinen €	Rekultivierung Deponie Pf. €	DSD €	Altlasten €
0,00	0,00	1.118,54	10.976,92	0,00	0,00	0,00	46.224,30	290,61	0,00	0,00
0,00	20.961,49	8.222,77	1.265,46	0,00	273,00	0,00	32.370,67	0,00	0,00	0,00
22.146,96	60.699,62	828,45	304,92	0,00	0,00	0,00	72.971,36	0,00	0,00	0,00
36.870,91	0,00	16.046,31	0,00	0,00	40,00	0,00	63.468,36	0,00	0,00	0,00
10.686,12	0,00	4.004,55	0,00	0,00	0,00	0,00	19.085,15	0,00	0,00	0,00
0,00	76,16	26,16	384.930,35	12.116,93	48.183,89	0,00	105.463,11	0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00	40.574,96	2.236,10	2.921,70	0,00	9.131,45	1.876,97	0,00	0,00
0,00	28,07	8,55	0,00	79,24	0,00	0,00	556,00	0,00	545,68	0,00
5.594,42	52.854,65	775,96	3.447,81	600,42	20.981,59	11.078,37	7.140,18	48.544,36	517.682,31	147.298,85
75.298,41	134.619,99	31.031,29	441.500,42	15.032,69	72.400,18	11.078,37	356.410,58	50.711,94	518.227,99	147.298,85
172.713,66	0,00	1.489,74	28.689,50	13.840,16	855.927,37	58.532,34	31.572,86	4.613,39	9.515,11	0,00
21.102,47	0,00	703,42	18.992,22	3.165,37	189.922,20	3.165,37	16.881,97	2.110,25	2.110,25	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	-369.613,14	0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00	4.486,61	247,26	323,07	0,00	1.009,71	-53.000,00	0,00	0,00
269.114,54	134.619,99	33.224,45	493.668,75	32.285,48	1.118.572,82	72.776,08	36.261,98	4.435,58	529.853,35	147.298,85
215.700,00	87.200,00	7.687,09	0,00	0,00	1.114.800,00	49.300,00	0,00	0,00	0,00	203.490,00
53.414,54	-3.413,30	0,00	0,00	0,00	3.710,08	23.476,08	0,00	0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
0,00	50.437,27	22.391,98	980.803,72	73.945,20	0,00	0,00	27.121,59	0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.107,16	0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
0,00	396,02	0,00	28.802,87	1.161,68	0,00	0,00	1.837,17	0,00	517.682,30	0,00
0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
0,00	0,00	0,00	871,20	48,01	62,74	0,00	196,06	40,30	0,00	0,00
269.114,54	134.619,99	30.079,07	1.010.477,79	75.154,89	1.118.572,82	72.776,08	36.261,98	40,30	517.682,30	203.490,00
0,00	0,00	-3.145,38	516.809,04	42.869,41	0,00	0,00	0,00	-4.395,28	-12.171,05	56.191,15

Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG (nach IDW PS 720)

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) **Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Es liegt eine Geschäftsordnung für die Betriebsleitung vor. Eine Geschäftsordnung für die Betriebskommission wurde vom Kreisausschuss beschlossen und trat am 22. Oktober 2008 in Kraft. Die Regelungen entsprechen den Bedürfnissen des Betriebes.

- b) **Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Es haben im Berichtsjahr elf Sitzungen der Betriebskommission stattgefunden. Außerdem wurden sechs Beschlüsse im Umlaufverfahren gefasst. Der Kreistag des Landkreises Darmstadt-Dieburg hat in drei Sitzungen Beschlüsse zum Eigenbetrieb gefasst. Die Niederschriften lagen uns vor.

- c) **In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i.S.d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Auskunftsgemäß sind die Mitglieder der Betriebsleitung nicht in anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 3 AktG tätig.

- d) **Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?**

Die Vergütungen an die Betriebsleitung und die Aufwandsentschädigungen an die Betriebskommission sind im Anhang jeweils in einer Summe angegeben.

Die Vergütungen haben keine erfolgsbezogenen Komponenten bzw. Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

- a) **Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?**

Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeit sowie Weisungsbefugnisse sind in einem Geschäftsverteilungsplan für die Betriebsleitung und die Mitarbeiter festgelegt; dieser wird regelmäßig den aktuellen Gegebenheiten angepasst.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?**

Derartige Anhaltspunkte haben sich nicht ergeben.

- c) **Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?**

Die Betriebsleitung hat den Erlass vom April 1998 "Korruptionsvermeidung in hessischen Kommunalverwaltungen" des Hessischen Ministeriums des Innern zur Kenntnis genommen und die erarbeiteten Empfehlungen umgesetzt.

- d) **Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und -gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Durch das EigBGes Hess i.V.m. der Betriebssatzung sind die Zuständigkeiten der einzelnen Organe für wesentliche Entscheidungsprozesse festgelegt. Weiterhin werden die gesetzlichen Vorgaben der VOB, VOL sowie die allgemeinen Haushaltsgrundsätze der Hessischen Gemeindeverordnung (§ 92 Abs. 2 HGO) beachtet. Anhaltspunkte, dass diese nicht eingehalten werden, haben sich nicht ergeben.

- e) **Besteht eine ordnungsmäßige Dokumentation von Verträgen (z.B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Wir erhielten im Rahmen unserer Prüfung den Eindruck, dass die Dokumentation der Verträge ordnungsgemäß ist.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) **Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Das Planungswesen - bestehend aus einem Erfolgsplan, Vermögensplan und einem Finanzplan sowie einer Stellenübersicht - entspricht nach unseren Feststellungen den Bedürfnissen des Betriebes.

- b) **Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Abweichungen vom Wirtschaftsplan werden überwacht, auf ihre Ursachen untersucht und gegebenenfalls ein Nachtragswirtschaftsplan aufgestellt.

- c) **Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?**

Das Rechnungswesen einschließlich der eingerichteten Kostenrechnung entspricht den Anforderungen des Eigenbetriebes.

- d) **Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u.a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?**

Sowohl die Kredite als auch die Liquidität werden laufend überwacht. Das Da-Di-Werk ist in das Portfoliomanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg eingebunden.

- e) **Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?**

Ein zentrales Cash-Management besteht nicht.

- f) **Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass ausstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?**

Nach unseren Feststellungen ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt und eingezogen werden sowie angemessene Abschlagszahlungen erhoben werden.

- g) **Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Die Einrichtung eines Controllings ist betriebsgrößenbedingt nicht geplant. Einzelne Controllingaufgaben werden von der Betriebsleitung wahrgenommen. Eine Überwachung erfolgt auch im Rahmen des Wirtschaftsplanes.

- h) **Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?**

Der Betrieb hält eine Beteiligung. Eine Überwachung des Tochterunternehmens findet statt.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**

Es besteht ein Risikofrüherkennungssystem für den Betriebszweig Umweltmanagement. Für den Betriebsbereich Gebäudemanagement ist die Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems vorgesehen.

- b) **Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**

Die von der Betriebsleitung ergriffenen Maßnahmen zur Risikobegrenzung sind geeignet, ihren Zweck zu erfüllen.

- c) **Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**

Die Maßnahmen sind dokumentiert. Ein fortgeschriebener Risikobericht wurde der Betriebskommission vorgelegt.

- d) **Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

Aktualisierung und Abstimmung mit den aktuellen Geschäftsprozessen werden vorgenommen. Für den Betriebszweig Gebäudemanagement ist eine Anpassung des Systems vorgesehen.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente, andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) **Hat die Geschäfts-/Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften, Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:**

Der Eigenbetrieb Da-Di-Werk ist in das Portfoliomanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg einbezogen.

• Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?

Aufgrund eines Beschlusses des Kreisausschusses wurde ein Portfoliobeirat eingesetzt, in dem der Einsatz von Produkten und Instrumenten beschlossen wird. Der kaufmännische Betriebsleiter ist Mitglied im Beirat.

Es handelt sich bei den Finanzinstrumenten um Receiver- und Doppel-Swaps, einer Kombination aus Receiver-Swap und Payer-Swap. Hinzu kommen Kommunaldarlehen mit Sonderausstattung sowie Optionen für Receiver- oder Payer-Swap.

• Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden?

Das Portfoliomanagement wird jederzeit in Abstimmung mit dem Portfoliobeirat in Zusammenarbeit mit der Landesbank Hessen - Thüringen durchgeführt. Zwischen dem Eigenbetrieb und der Landesbank Hessen - Thüringen wurde ein Betreuungsvertrag abgeschlossen.

Für die Leistungen ist ein Pauschalhonorar vereinbart worden. Die Vereinbarung ist zeitlich unbefristet und kann jährlich gekündigt werden.

• Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?

Swap-Geschäfte werden ausschließlich zur Absicherung zukünftiger Zinsrisiken, die sich aus Zinssatzänderungen bestehender langfristiger Darlehen ergeben können, vorgenommen. Aufgrund der Art der Swap-Geschäfte bestehen keine offenen Posten.

• Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z.B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z.B. antizipatives Hedging)?

Es erfolgt kein Einsatz von Hedge-Geschäften.

- b) **Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?**

Der Einsatz von Derivaten ist ausschließlich zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung vorgesehen.

c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf

• Erfassung der Geschäfte

Die Geschäfte werden über das Portfoliomanagement der Landesbank Hessen - Thüringen erfasst.

• Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse

Sind Darlehen variabel verzinst, so sind die den Schwankungen des Geldmarktes unterworfen. Das Risiko besteht dann in einem Anstieg der Geldmarktzinsen.

• Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung

Eine Bewertung erfolgt am Jahresende in Abstimmung mit den betroffenen Banken.

• Kontrolle der Geschäfte?

Eine Kontrolle der Geschäfte erfolgt durch das Portfoliomanagement im Portfoliobeirat in Abstimmung mit der Landesbank Hessen - Thüringen.

d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?

Nicht der Risikoabsicherung dienende Geschäfte werden nicht getätigt.

e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?

Regelungen im Zusammenhang mit dem Portfoliomanagement sind in einer von dem Portfoliobeirat beschlossenen "Arbeitsanweisung Portfoliomanagement" zusammengestellt. Hier sind beispielsweise die Zusammensetzung des Portfoliobeirates, Zuständigkeit sowie Kontroll- und Informationspflichten festgelegt.

f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Unterrichtungen finden im Rahmen der regelmäßigen Sitzungen je Quartal des Portfoliobeirats statt.

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) **Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?**

Der Betrieb verfügt über keine Innenrevision.

- b) **Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?**

Der Betrieb verfügt über keine Innenrevision.

- c) **Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z.B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?**

Der Betrieb verfügt über keine Innenrevision.

- d) **Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?**

Der Betrieb verfügt über keine Innenrevision.

- e) **Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?**

Der Betrieb verfügt über keine Innenrevision.

- f) **Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?**

Der Betrieb verfügt über keine Innenrevision.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?**

Die Betriebsleitung ist verpflichtet, Angelegenheiten von besonderer Bedeutung der Betriebskommission vorzulegen und deren Zustimmung einzuholen. Die Auflagen sind von der Betriebsleitung beachtet worden.

- b) **Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?**

Kreditgewährungen an die Betriebsleitung oder die Betriebskommission liegen nicht vor.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z.B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?**

Nach den uns vorliegenden Erkenntnissen und Unterlagen sind anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen keine ähnlichen, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelten Maßnahmen vorgenommen worden.

- d) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?**

Im Rahmen unserer Prüfung haben wir nicht festgestellt, dass die Geschäfte nicht mit Gesetz, Eigenbetriebssatzung und den Beschlüssen der Betriebskommission vereinbar sind.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

- a) **Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität/Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?**

Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken wird bei allen Investitionen in der Regel im Rahmen der Maßnahmenplanung und Aufstellung des Wirtschaftsplanes durchgeführt. Die Prüfung der Rentabilität und Wirtschaftlichkeit von Investitionen ist vor dem Hintergrund der erforderlichen Investitionen im Bereich der Daseinsvorsorge (Umweltmanagement) zu sehen. Im Bereich Gebäudemanagement wurde die hohe Inves-

titions- und Sanierungstätigkeit u.a. durch Förderprogramme des Bundes und des Landes Hessen ausgelöst.

- b) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z.B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?**

Es werden regelmäßig Konkurrenzangebote eingeholt.

- c) **Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?**

Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen werden laufend überwacht und Abweichungen untersucht.

- d) **Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?**

Bei dem Betrieb haben sich bei den abgeschlossenen Investitionen gegenüber dem Planansatz keine wesentlichen Überschreitungen ergeben.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?**

Es ergaben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte dafür.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

- a) **Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z.B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?**

Bei der Auftragsvergabe sind keine Verstöße gegen die o.g. Vergaberichtlinien erkennbar.

- b) **Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z.B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?**

Grundsätzlich werden Vergleichsangebote eingeholt.

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

- a) **Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?**

Die Betriebsleitung berichtete in den regelmäßig stattfindenden Betriebskommissionssitzungen mündlich und schriftlich über die wirtschaftliche Situation des Betriebs.

- b) **Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens-/Konzernbereiche?**

Die Berichterstattung vermittelt nach den vorgelegten Protokollen einen zutreffenden Eindruck von der Lage des Betriebes.

- c) **Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?**

Soweit erkennbar, wurde die Betriebskommission über wesentliche Vorgänge zeitnah unterrichtet. Im Berichtsjahr lagen keine risikoreichen oder nicht ordnungsgemäß abgewickelten Geschäftsvorfälle vor. Gleiches gilt für Fehldispositionen und wesentliche Unterlassungen.

- d) **Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?**

In den Protokollen waren für uns keine gesonderten Anfragen der Betriebskommission ersichtlich.

- e) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z.B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?**

Aus den vorliegenden Protokollen ergeben sich keine Anhaltspunkte für eine nicht ausreichende Berichterstattung.

- f) **Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?**

Es gibt keine D & O-Versicherung.

- g) **Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offengelegt worden?**

Interessenkonflikte der Mitglieder der Betriebsleitung und der Betriebskommission bzw. des Kreisausschusses bestanden lt. Auskunft der Betriebsleitung im Berichtsjahr nicht und sind uns im Rahmen der Prüfung nicht bekannt geworden.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

- a) **Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?**

Nicht betriebsnotwendiges Vermögen besteht nicht.

- b) **Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?**

Auffallend hohe oder niedrige Bestände bestehen nach unseren Feststellungen nicht.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?**

Wesentliche stille Reserven sind nicht erkennbar.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) **Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschlussstichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Nach unseren Feststellungen sind längerfristige Vermögenswerte zum Bilanzstichtag zu 100 % langfristig finanziert.

- b) **Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Entfällt, da kein Konzern besteht.

- c) **In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die damit verbundenen Verpflichtungen und Auflagen des Mittelgebers nicht beachtet wurden?**

In 2009 hat der Betriebszweig Gebäudemanagement Fördermittel aus dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen (T€ 8.974), aus dem Investitionsprogramm des Bundes Zukunft, Bildung und Betreuung (T€ 4.660) sowie aus der Schulbaupauschale des Landkreises (T€ 2.710) erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) **Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Der Betrieb verfügt nach unserer Auffassung über eine insgesamt angemessene Eigenkapitalausstattung.

- b) **Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?**

Der Gewinnverwendungsvorschlag ist nach unserer Auffassung mit der wirtschaftlichen Lage des Betriebes vereinbar.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

- a) **Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?**

An dieser Stelle verweisen wir auf die Erfolgsübersicht (Anlage III), aus dem die Ergebnisse der Betriebszweige Umwelt- und Gebäudemanagement insgesamt und für das Umweltmanagement nach weiteren Bereichen aufgegliedert ist. Für den Betriebszweig Gebäudemanagement wurde für jede Schule eine eigene Kostenstelle eingerichtet.

- b) **Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?**

Im Geschäftsjahr beeinflussten keine einmaligen Vorgänge das Jahresergebnis entscheidend.

- c) **Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?**

Derartige Anzeichen haben sich noch nicht ergeben.

- d) **Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?**

Aufgrund der Geschäftstätigkeit ist die Erhebung einer Konzessionsabgabe nicht möglich.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

- a) **Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?**

Für die Betriebsbereiche Rekultivierung Deponie Pfungstadt, Floratop, und Duales System Deutschland des Betriebsbereiches Umweltmanagement wurden negative Betriebsergebnisse ausgewiesen.

- b) **Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?**

Der Betrieb hat im Wirtschaftsjahr 2009 einen Gewinn erwirtschaftet.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

- a) **Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?**

Entfällt, da ein Jahresgewinn erwirtschaftet wurde.

- b) **Welche Maßnahmen wurden eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?**

Möglichkeiten zur Reduzierung der laufenden Aufwendungen werden ständig untersucht.

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

Firma	Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt - Dieburg – Da-Di-Werk –
Sitz	Messel
Handelsregister	Kein Eintrag
Gegenstand des Unternehmens	• Wiederverwertung und Entsorgung von Abfällen • Vermietung von Abfallgefäßen • Bewirtschaftung kreiseigener Grundstücke, Gebäude und Räume • Geschäftsführungstätigkeiten • Hilfs- und Nebengeschäfte
Wirtschaftsjahr	Kalenderjahr
Betriebssatzung	Beschlossen vom Kreistag am 20. November 1989; letzte Änderungssatzung vom 24. September 2007
Stammkapital	€ 1.795.000,00
Organe	• Kreistag • Betriebskommission • Betriebsleitung
Kreistag	Im Berichtsjahr wurden folgende wesentliche Beschlüsse gefasst: • Feststellung des Jahresabschlusses 2008 und Beschlussfassung über Gewinnverwendung; • Beschlussfassung des Nachtragswirtschaftsplans 2009 und des Wirtschaftsplans 2010;
Betriebskommission	(namentlich im Anhang, Anlage II, genannt) Im Berichtsjahr wurden folgende wesentliche Beschlüsse gefasst: • Zahlreiche Auftragsvergaben für Sanierungsmaßnahmen im Betriebsbereich Gebäudemanagement • Risikobericht 2009 • Vorschlag zur Feststellung des Jahresabschlusses 2008 und Verwendung des Gewinns; • Vorschlag zur Beschlussfassung des Nachtragswirtschaftsplans 2009 und des Wirtschaftsplans 2010

Betriebsleitung	Herr Kreis als kaufmännischer Betriebsleiter Herr Dr. Kehrer als technischer Betriebsleiter (Umweltmanagement) Herr Gehbauer als technischer Betriebsleiter (Gebäudemanagement)
Wichtige Verträge	• Vereinbarung zwischen dem Zweckverband Abfall- und Wertstoffsammlung für den Landkreis Darmstadt-Dieburg und Da-Di-Werk über die gegenseitige Gewährung eines Darlehens zur Sicherung der Kassenliquidität vom 15. April 2008. • Vereinbarung zwischen den Landkreis Darmstadt-Dieburg und Da-Di-Werk über die bedarfsgerechte Bewirtschaftung der 81 kreiseigenen Schulen auf Basis eines Vermieter-Mieter-Modells vom 26. März 2008. Die im Betriebszweig Gebäudemanagement entstehenden Aufwendungen werden vom Landkreis Darmstadt-Dieburg erstattet. • Vereinbarung zwischen Da-Di-Werk, ZAW, Landkreis Bergstraße und Gemeinde Seeheim-Jugenheim über die getrennte Einsammlung von organischen Abfällen und deren Verwertung durch Kompostierung vom 14. März 1995 • Vereinbarung zwischen dem Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement des Landkreises Darmstadt-Dieburg (Da-Di-Werk) und der Stadt Groß-Umstadt und der Gemeinde Otzberg über den Betrieb des Wertstoffhofes Groß-Umstadt/Semd. Die Vereinbarung trat zum 1. Oktober 2009 in Kraft und hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2011. Sie verlängert sich jeweils um zwei Jahre, wenn sie nicht ein halbes Jahr vor Ablauf gekündigt wird. • Geschäftsführungsvertrag zwischen Da-Di-Werk und ZAW vom 15. Januar 1993 • Gemäß Beschluss der Betriebskommission vom 27. Oktober 2003 hat das Da-Di-Werk mit Datum vom 18. November / 3. Dezember 2003 einen Vertrag mit der Landesbank Hessen Thüringen -Girozentrale- Frankfurt am Main, zur Betreuung eines Finanzierungsportfolios geschlossen. Der Kreisausschuss hat im März 2004 beschlossen, dass die Betriebsleitung in Abstimmung mit dem Portfoliobeirat der Kreisverwaltung ermächtigt wird, zu entscheiden, ob und wann für die bestehende Kreditverträge des Da-Di-Werkes entsprechende Vereinbarungen geschlossen werden. Die Darlehen sind mit einer Ausnahme mit einem festen Zinssatz vereinbart. Ein Darlehen ist mit einem variablen Zinssatz geschlossen und über einen Payer-Swap in ein Festzinsdarlehen transformiert.
Steuerrechtliche Verhältnis-	• Der Betrieb wird beim Finanzamt Darmstadt unter der

se	Steuernummer 007 226 01988 geführt. Der Eigenbetrieb ist bis einschließlich Kalenderjahr 2007 unter dem Vorbehalt der Nachprüfung zur Körperschaftssteuer veranlagt. • Der Eigenbetrieb ist mit den auf die Verpackungsverordnung entfallenden Anteil der Vermietung von Abfallgefäßen, Floratop und im DSD-Bereich als Betrieb gewerblicher Art umsatz- und körperschaftssteuerpflichtig
-----------	--

**Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement
des Landkreises Darmstadt - Dieburg - Da-Di-Werk -**

Übersicht über die Entwicklung der langfristigen Verbindlichkeiten für das Wirtschaftsjahr 2009

Darlehensgeber	Darlehens-Nr.	Ursprungskapital	Stand 31. Dezember 2008	Zugang 2009
		€	€	€
Umweltmanagement				
KfW	4375319	769.494,28	62.530,99	0,00
KfW	5382744	1.292.500,00	235.000,00	0,00
Sparkasse Dieburg	633717327	1.329.358,89	874.330,13	0,00
Sparkasse Darmstadt	604006473	1.292.500,00	323.123,95	0,00
HELABA Darmstadt	804453034	2.300.813,47	1.673.821,95	0,00
HELABA Darmstadt	804453045	7.158.086,34	4.555.196,45	0,00
DG HYP	3021523010	1.325.000,00	552.083,31	0,00
Sparkasse Dieburg	633754536	2.600.000,00	1.516.666,65	0,00
		18.067.752,98	9.792.753,43	0,00
Zinsabgrenzung noch zu zahlenden Zinsaufwendungen			40.961,75 7.842,25	
		18.067.752,98	9.841.557,43	0,00
Gebäudemanagement				
LTH Bank für Infrastruktur	7500048899	700.000,00	700.000,00	0,00
LTH Bank für Infrastruktur	7500048900	1.000.000,00	1.000.000,00	0,00
LTH Bank für Infrastruktur	7500038901	400.000,00	400.000,00	0,00
Helaba	800055020	4.474.000,00	4.399.000,00	0,00
Wirtschaft- und Infrastrukturbank Hesse	750005391	1.782.350,00	0,00	1.782.350,00
Wirtschaft- und Infrastrukturbank Hesse	70600114	1.500.000,00	0,00	1.500.000,00
Wirtschaft- und Infrastrukturbank Hesse	70600115	3.000.000,00	0,00	3.000.000,00
Wirtschaft- und Infrastrukturbank Hesse	70600116	400.000,00	0,00	400.000,00
Wirtschaft- und Infrastrukturbank Hesse	70600134	600.000,00	0,00	600.000,00
KfW Darlehen	4522812	400.000,00	0,00	400.000,00
Helaba / Trakt 7	800039569	772.176,68	0,00	772.176,68
Helaba / Trakt 7	800049651	4.050.000,00	0,00	4.050.000,00
Helaba / Trakt 7	800057438	3.900.000,00	0,00	3.900.000,00
Sparkasse Darmstadt / Trakt 7	604826110	1.655.370,05	0,00	1.655.370,05
Sparkasse Dieburg	633760145	4.435.000,00	0,00	4.435.000,00
		29.068.896,73	6.499.000,00	22.494.896,73
Gesamt		47.136.649,71	16.340.557,43	22.494.896,73

Tilgung 2009	Stand 31. Dezember 2009	Zinsaufwand 2009	Zinssatz	Zinsabgrenzung 2008	Zinsabgrenzung 2009
€	€	€	%	€	€
42.846,26	19.684,73	2.268,68	5,5	429,51	135,21
235.000,00	0,00	4.028,28	0,9	998,75	0,00
44.313,52	830.016,61	36.261,24	variabel	0,00	0,00
323.123,95	0,00	9.478,29	3,52	3.791,32	0,00
57.958,23	1.615.863,72	90.444,23	5,45	14.294,79	22.016,15
1.249.982,49	3.305.213,96	226.030,25	5,65	21.447,38	15.562,05
220.833,34	331.249,97	15.403,12	3,1	0,00	0,00
433.333,34	1.083.333,31	45.024,42	3,197	0,00	0,00
2.607.391,13	7.185.362,30 37.713,41 9.025,78	428.938,51 -3.248,34		40.961,75	37.713,41
2.607.391,13	7.232.101,49	425.690,17			
35.000,00	665.000,00	20.737,50	3	0,00	0,00
50.000,00	950.000,00	29.625,00	3	0,00	0,00
20.000,00	380.000,00	11.850,00	3	0,00	0,00
150.000,00	4.249.000,00	209.776,06	5,101	0,00	0,00
0,00	1.782.350,00	11.053,33	3	0,00	0,00
0,00	1.500.000,00	15.000,00	3	0,00	1.875,00
0,00	3.000.000,00	30.000,00	3	0,00	3.750,00
0,00	400.000,00	4.000,00	3	0,00	500,00
0,00	600.000,00	6.000,00	3	0,00	750,00
0,00	400.000,00	1.162,78	1,15	0,00	575,00
38.271,57	733.905,11	0,00	5,01	0,00	0,00
300.000,00	3.750.000,00	0,00	4,6	0,00	0,00
260.000,00	3.640.000,00	0,00	3,95	0,00	0,00
127.336,16	1.528.033,89	0,00	4,19	0,00	0,00
74.000,00	4.361.000,00	119.030,23		0,00	0,00
1.054.607,73	27.939.289,00	458.234,90		0,00	7.450,00
3.661.998,86	35.171.390,49	883.925,07		40.961,75	45.163,41

Eigenbetrieb für Gebäude- und Umweltmanagement
des Landkreises Darmstadt - Dieburg
- Da-Di-Werk -
Übersicht über die Entwicklung der Rückstellungen im Wirtschaftsjahr 2009

	Stand 31. Dezember 2008 €	Verbrauch 2009 €	Auflösung 2009 €	Zuführung 2009 €	Stand 31. Dezember 2009 €
<u>Umweltmanagement</u>					
Pensionsrückstellungen	262.247,00	0,00	0,00	61.436,00	323.683,00
Pensionsrückstellungen	262.247,00	0,00	0,00	61.436,00	323.683,00
Rückstellung für Körperschaftssteuer	3.764,06	3.764,06	0,00	0,00	0,00
Steuerrückstellungen	3.764,06	3.764,06	0,00	0,00	0,00
Rekultivierung und Nachsorge Deponie Pfungstadt	1.325.000,00	0,00	0,00	0,00	1.325.000,00
Nachkompostierung	394.400,00	394.400,00	0,00	353.800,00	353.800,00
Überstunden	46.930,00	46.930,00	0,00	82.195,00	82.195,00
Urlaub	119.988,00	119.988,00	0,00	64.901,00	64.901,00
Beihilfeverpflichtungen	40.530,00	0,00	0,00	11.226,00	51.756,00
Abfallbeseitigung	49.069,00	49.069,00	0,00	39.245,00	39.245,00
Aufbewahrung Geschäftsunterlagen	12.240,00	0,00	0,00	0,00	12.240,00
Prüfungskosten	7.400,00	6.986,50	413,50	7.400,00	7.400,00
Ausstehende Rechnungen	6.216,00	416,00	0,00	500,00	6.300,00
Altölentsorgung	117,00	117,00	0,00	160,00	160,00
Sonstige Rückstellungen	2.001.890,00	617.906,50	413,50	559.427,00	1.942.997,00
	2.267.901,06	621.670,56	413,50	620.863,00	2.266.680,00
<u>Gebäudemanagement:</u>					
Unterlassene Instandhaltungen	3.143.709,28	2.817.459,03	0,00	1.457.237,44	1.783.487,69
Altersteilzeit	291.611,00	74.278,00	0,00	183.540,00	400.873,00
Überstunden und Urlaub	258.631,84	258.631,84	0,00	270.393,90	270.393,90
Aufbewahrung Geschäftsunterlagen	37.400,00	0,00	0,00	0,00	37.400,00
Prüfungskosten	7.500,00	5.500,00	2.000,00	6.500,00	6.500,00
Sonstige Rückstellungen	3.738.852,12	3.155.868,87	2.000,00	1.917.671,34	2.498.654,59
Gesamt	6.006.753,18	3.777.539,43	2.413,50	2.538.534,34	4.765.334,59

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.
- (2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

- (1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.
- (3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z.B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfaßt nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlaß ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.
- (4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.
- (2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

- (1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.
- Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.
- (2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.
- (2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

- (1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschußfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschußfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonstwie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

